Einzelpreis 30 Pf. Halle, Donnerstag, den 17. Juni 1920. 31. Jahrgang · Nr. 139

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 105605. Hermann Schade

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 4,50 Mk., vierteljährl. 13,50 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 4.50 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 60 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 250 Pf für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Der Mittelblock fertig?

Ende der Regierungskrise?

Wenn man den letzten Meldungen aus Berlin glauben darf, scheint sich die Regierungskrise allmählich ihrem Ende zu nähern. Von all den verschiedenen Versuchen, eine einigermaßen lebensfähige Regierung zustande zu bringen, scheint nun doch die Bildung eines sogenannten bürgerlichen „Mittelblocks" gelingen zu wollen. Diese Regierung wird den Charakter eines Rumpfkabinetts aus Zentrum und Demokraten tragen, das als Konzession gegenüber den Parteien der Rechten je einen Fachminister für das Auswärtige Amt und das Reichswirtschaftsamt bringen wird. Zum Reichskanzler war zunächst Herr Fehrenbach vom Zentrum, der Präsident der verflossenen Nationalversammlung auserseh en. Er hat jedoch geglaubt, obschon er allen Parteien genehm war, aus triftigen Gründen ablehnen zu müssen. Darauf hat Abgeordneter Trimborn in Uebereinstimmung mit Herrn Fehrenbach und unter voller Billigung der Zentrumsfraktion, sowie des Parteivorstandes, die heute eine gemeinsame Sitzung abhielten, den deutschen Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer (Kaufbeuren), genannt. Der Reichspräsident Ebert hat diesen Vorschlag angenommen und Dr. Mayer, der gegenwärtig das Amt eines Geschäftsträgers in Paris versieht, telegraphisch zum Reichskanzler berufen. Ob dieser jedoch die Bildung eines Kabinetts übernehmen wird, steht noch dahin. Nach der Voss. Ztg. kann dem Eintreffen Dr. Mayers in Berlin nicht vor Freitag entgegengesehen werden. Die neue Regierung der bürgerlichen Mitte gilt nach dem Vorwärts beinahe als fertig. In „parlamentarischen Kreisen" wird die folgende Liste genannt:

Reichskanzler: Dr. Meyer, Inneres: Koch, Auswärtiges: von Rostitz (früherer sächsischer Gesandter in Wien), Wirtschaft: Wiedfeld, Finanzen: Wirth, Schatz: von Siemens, Arbeit: Stegerwald, Verkehr: Gröner, Reichswehr: Geßler, Justiz: Heinze.

Diese Liste zeigt, daß die Demokraten, die anfänglich sehr entschieden die „Zumutung" zurückwiesen, mit der Deutschen Volkspartei eine gemeinsame Regierung zu bilden, in letzter Stunde doch wieder umgefallen sind. Was ja den Herrschaften bei ihren schwammigen „Grundsätzen" übrigens gar nicht so schwer gefallen sein mag, und was niemand überraschen wird, der mit der „Psychologie" unserer „Demokraten" näher vertraut ist. Bei den Wahlen lagen sich zwar Demokraten und Deutsche Volksparteiler heftig in den Haaren, aber über den gemeinsamen kapitalistischen Interessen ist das rasch wieder vergessen. Wo es sie zu schützen gilt, da reicht man sich sofort wieder die Hand zur Versöhnung. Vorerst kommt man sich ja nur erst „schüchtern" entgegen; denn über das Kompromittierliche der raschen Annäherung kommt man doch nicht so ganz hinweg. Die Deutsche Volkspartei gibt sich denn auch recht bescheiden und genügsam mit ihrem Anteil an der Regierung. Nach vorliegenden Meldungen soll sie erklärt haben, sie nehme an der Zusammensetzung des neuen Kabinetts nur insofern Anteil, als sie Wert darauf lege, daß das Reichswirtschaftsministerium mit Geheimrat Wiedfeld besetzt werde und daß das Reichswehrministerium einem Fachmann übertragen werde.

Den Versicherungen, daß an dem Zustandekommen des Mittelblocks kaum noch zu zweifeln sei, steht indes die Tatsache gegenüber, daß Herr Trimborn inzwischen sowohl mit der Deutschen Volkspartei, als auch mit den Rechtssozialisten weiter verhandelt, und der Gedanke der Wiederaufrichtung der alten Koalition taucht bereits wieder lebhaft auf der Versenkung auf. Die Demokraten haben gestern vormittag sich bereits für die bisherige Regierungs-Koalition ausgesprochen. Von einer Stellungnahme der Rechtssozialisten ist noch nichts bekannt. Dem Mittelblock gegenüber haben sie sich angeblich zu „wohlwollender Duldung" verpflichtet, da sie annehmen, daß er nur sehr kurzlebig sein wird. Sie haben dafür die Zusicherung erhalten, „daß die sozialistischen Reichsbeamten im Dienste bleiben." Woraus sich ebenfalls schließen läßt, daß die Rechtssozialisten stark mit ihrem baldigen Wiedereintritt in die Koalitionsregierung rechnen. Ueber ihre einstweilige Haltung zu der Regierung der Mitte gibt die Sozialdemokratische Korrespondenz die folgenden Aufschlüsse:

„In der bürgerlichen Presse ist viel von der angeblichen wohlwollenden Neutralität die Rede, welche die Sozialdemokratie einem Ministerium Trimborn oder Schiffer entgegenbringen solle. Was man unter diesem Wort versteht, ist nicht recht verständlich. Die Sozialdemokratie wird selbstverständlich einer rein bürgerlichen Regierung oppositionell gegenüberstehen und ihre erwünschte Neutralität kann also nur darin bestehen, daß sie bei ihrer Opposition das Verantwortlichkeitsgefühl einer Partei nicht vermissen läßt, die regiert hat und vielleicht einmal unter anderen Umständen wieder mitregieren (!) wird. Aber dieses Verantwortlichkeitsgefühl ist wiederum eine Selbstverständlichkeit und darüber braucht kein besonderer Vertrag abgeschlossen zu werden."

Man hört aus dieser Erklärung förmlich die schmerzliche Enttäuschung darüber heraus, daß man sein vielbetontes „Verantwortlichkeitsgefühl" zurzeit nicht mehr in der Regierung anbringen kann — und das Regieren gegen die wirklich sozialistische Arbeiterschaft den bürgerlichen Parteien allein überlassen muß! Nun, es wird schon wieder „Rat" werden. Denn sollte der Mittelblock auch zustande kommen — so wird er doch nicht mehr sein, als ein vorübergehender kümmerlicher Notbehelf, keine Lösung, sondern nur eine Vertagung der Krise.

•

Die Haltung der USP.-Parteileitung zur Regierungsbildung

findet die einmütige Billigung der Parteigenossen im Lande. Eine am Sonntag in Düsseldorf tagende Sitzung der erweiterten Bezirksleitung der USP. des Niederrheins einer Korporation, die sich zusammensetzt aus den Mitgliedern der Bezirksleitung, den Kreisvorsitzenden und Kreissekretären, sowie den Vertretern der Redaktionen, befaßte sich eingehend mit dem Ausfall der Reichstagswahlen und der gegenwärtigen politischen Situation.

In der Debatte kam einmütig zum Ausdruck, daß die durch das Schreiben des Genossen Crispien an den Reichskanzler Müller ausgesprochene Haltung des Vorstandes der USPD. gebilligt und anerkannt werde, und mit besonderer Genugtuung wurde auch dem zugestimmt, daß sich die USPD. nur dann erst an einer sogenannten sozialistischen Regierung beteiligen könne, wenn sie die Mehrheit der Sitze in der Regierung bekäme und in der unser Programm die Grundlage der Politik bilde.

Einberufung des Reichstags.

Berlin, 16. Juni. Der Präsident der Nationalversammlung beruft den neugewählten Reichstag auf Donnerstag, den 24. Juni 1920, nachmittags 3 Uhr, ein.

Auslandsstimmen zur Reichstagswahl.

In einem Rückblick auf die deutschen Reichstagswahlen untersucht Genosse Paul Louis in der Humanité die Ursachen des starken Anwachsens der reaktionären Stimmen. Er schreibt sie einerseits der verfehlten Politik der Rechtssozialisten zu und zu einem guten Teil auch der Politik der Entente und besonders dem Auftreten des französischen Militarismus, der den Alldeutschen stets neue Waffen zu ihrem Kampf geliefert habe. „Dank den Fehlern der Koalition und der Alliierten hoffte die Rechte zu siegen: sie ist nicht siegreich gewesen trotz des Anwachsens ihrer Mandate.

Die wirklich siegreiche Partei ist die Unabhängige Partei, die die Ziffern ihrer Abgeordneten fast verviefacht hat — eine Tatsache, die fast ohne Präzedenzfall in der Wahlgeschichte ist. . . . Der Erfolg der Unabhängigen bedeutet die Aufrechterhaltung und die Verstärkung der Bereitschaft zum Klassenkampf im deutschen Proletariat. Er wird durch eine logische und sichere Rückwirkung den Geist des Klassenkampfes bei der alten Sozialdemokratie wieder erwecken, die nicht mehr eine unglückselige Existenz in einer verlängerten Koalition weiterführen würde. . . . Das Schicksal der Republik und der deutschen Revolution ist in den Händen der Unabhängigen, deren geschichtliche Aufgabe ungeheuer wird.

Und wenn der Feudalismus des Grund und Bodens, die großindustrielle Bourgeoisie mit Stinnes und Siemens, die Großbank mit Dernburg und der Klerikalismus mit Trimborn ihre Kräfte zusammentun, wird es ihnen doch nicht gelingen, eine lebensfähige Regierung zu konstituieren. Man regiert nicht gegen zehn Millionen Sozialisten aller Richtungen, deren Einigkeit die Konjunktur herstellt — und sei es über die Köpfe der abtrünnigen oder schwachen Führer hinweg. Der Klassenkampf wird in seiner ganzen Stärke wieder aufleben und mit ihm die revolutionäre Arbeit."

Daily Herald hat bisher noch keine selbständige Würdigung der deutschen Wahlergebnisse. Er brachte nur einige Berichte seines Korrespondenten Philips Price. Vermutlich will Daily Herald warten, bis die Konstituierung der neuen Regierung erfolgt ist. Sehr ausführlich berichtet Het Volk. Es bringt täglich lange Auszüge aus den deutschen sozialistischen und bürgerlichen Zeitungen. Seit einiger Zeit nimmt überhaupt die vorzüglich geleitete Berichterstattung des holländischen Parteiorgans über die Vorgänge im Ausland einen großen Teil des Blattes ein und trägt so namentlich dazu bei, das Verständnis der Arbeiterschaft für die auswärtige Politik zu erleichtern.

700 hochverräterische Offiziere.

Berlin, 17. Juni. (WTB.) Bei dem Untersuchungsausschuß über die Märzvorgänge im Reichswehrministerium sind gegen 691 Offiziere Anklagen erhoben worden. Bis jetzt ist in 307 Fällen entschieden. In 97 Fällen ist auf Dienstentlassung und Beurlaubung erkannt, während der Rest durch Versetzung und Niederschlagung seine Erledigung fand. Um auch dem Unterpersonal zu seinem Recht zu verhelfen und unrechtmäßige Entlassungen zu verhüten, ist ein weiteres Referat für Beschwerden vom Unterpersonal mit einem Offizier, einem Unteroffizier und einem Zivilreferenten errichtet worden.

Die geringe Zahl von „Bestrafungen" und das sehr milde Verfahren, wirken geradezu als Aufforderung zu einem — neuen Putsch. Eine große Anzahl von wirklich Schuldigen gehen natürlich obendrein noch völlig straffrei aus, und an die Oberputschisten Lüttwitz, Bauer, Ehrhardt wagt man sich überhaupt nicht heran.

Die Regierungsbildung in den Einzelstaaten.

Von Wilhelm Dittmann.

Teils vorher, teils gleichzeitig mit den Reichstagswahlen haben in verschiedenen Einzelstaaten Neuwahlen zu den Landesparlamenten stattgefunden, und dort taucht jetzt gleichfalls die Frage der Regierungsbildung auf.

Bei der Erörterung dieser Frage ist von vornherein die grundverschiedene Bedeutung einer Regierung im Reich und einer Regierung in den heutigen Einzelstaaten zu beachten. Heute haben die einzelstaatlichen Regierungen nicht mehr die Bedeutung als in den ersten Revolutionsmonaten. Durch die Weimarer Reichsverfassung sind die einzelstaatlichen Regierungen zu einer Art höherer Verwaltungsbehörde herabgedrückt und besitzen nicht mehr die frühere Machtvollkommenheit. Den Einzelstaaten ist die selbständige Steuerpolitik genommen, das Wehrwesen ist gänzlich, das Verkehrswesen in seinem entscheidenden Zweig auf das Reich übergegangen, und auch die allgemeine Sozialisierung ist zur Reichssache geworden. Zu „regieren" im Sinne der selbständigen Führung der staatlichen Geschäfte bleibt für die Regierung der Einzelstaaten deshalb recht wenig übrig. Dazu ist ihnen durch die Reichsverfassung vorgeschrieben, daß sie sich auf Parlamente des allgemeinen Wahlrechts zu stützen haben.

Es ist ohne weiteres klar, daß die Regierungen der Einzelstaaten, wollen sie nicht eine Reichsexekutive à la Gotha gegen sich provozieren, nicht in der Lage sind, über den durch die Reichsverfassung gezogenen engen Rahmen hinaus sozialistische Politik treiben zu können. Die Regierungsgewalt in einem Einzelstaate verleiht deshalb heute nicht mehr, wie in der ersten Revolutionszeit, die Möglichkeit, die Diktatur des Proletariats zu errichten und eine Umgestaltung von Staat und Gesellschaft in sozialistischem Sinn anzubahnen, wie es im Reiche möglich ist. Nur wenn im ganzen Reiche dasselbe geschieht, ist es heute noch in einem Einzelstaate durchführbar.

Daraus folgt, daß wir heute die Regierungsbildung in den Einzelstaaten mit anderen Augen zu betrachten haben als früher, vor dem Zustandekommen der Weimarer Verfassung, und als die Regierungsbildung im Reich. Die Frage der Regierungsbildung in den Einzelstaaten sinkt herab zu einer politischen Zweckmäßigkeitsfrage. Trotzdem wäre es falsch, daraus den Schluß zu ziehen, daß unsere Partei sich in den Einzelstaaten ohne weiteres an der Regierungsbildung beteiligen müßte.

In der geschichtlichen Situation, in der wir stehen, in der die Aufklärung aller Schichten des Proletariats über die Notwendigkeit des Klassenkampfes und der Machtergreifung durch das Proletariat für uns in erster Linie steht, müssen auch alle taktischen Schritte sorgsam daraufhin geprüft werden, ob sie nicht verwirrend und lähmend auf den revolutionären Geist des Proletariats wirken. Das wird freilich um so weniger geschehen können, je besser die Massen grundsätzlich durchgebildet und geschult sind. Andererseits wäre ein taktischer Schritt, der rein objektiv betrachtet, richtig ist, dennoch verfehlt, wenn er bei den Massen unserer Parteigenossen nicht auf das erforderliche psychologische Verständnis stoßen würde.

Diese Frage ist bei der Regierungsbildung in den Einzelstaaten für unsere Partei von ausschlaggebender Bedeutung, denn die Masse muß dabei selber handelndes Subjekt sein und nicht bloßes Objekt. Wo bei unseren Genossen noch die alte Vorstellung herrscht, die Beteiligung an der Regierung in einem Einzelstaate sei, wie im Reiche, gleichbedeutend mit der Besitzergreifung der politischen Macht zur Verwirklichung des Sozialismus, da ist dringend von einem Eintritt in die Regierung abzuraten und erst für die nötige Aufklärung in den eigenen Reihen zu sorgen, denn sonst verwirrt und lähmt der Schritt, stiftet Unfrieden, schwächt und schädigt die Bewegung, statt zum Nutzen des Proletariats auszuschlagen.

Anders kann man verfahren, wo sich die Genossen völlig darüber klar sind, daß es sich bei der Beteiligung an der Regierung im Einzelstaat im wesentlichen nur um die Uebernahme von Verwaltungsfunktionen in den von der Reichsverfassung gezogenen Grenzen handeln kann, wo also keine Illusionen in bezug auf die zu erzielenden Erfolge bestehen, später keine Enttäuschungen zu erwarten sind und die Psyche der Klasse den Schritt billigt.

Die Voraussetzungen und Bedingungen, unter denen unsere Genossen sich dort an der Regierungsbildung beteiligen, müssen aber dennoch sehr sorgfältig geprüft und bestimmt werden. Wo die Möglichkeit fehlt, die im Rahmen der Landes- und der Reichsverfassung liegenden Fortschritte für das Proletariat auch wirklich durchzusetzen, dort beteiligt man sich besser nicht an der Regierung; als Opposition ist dann das Wirken für das Proletariat ersprießlicher wie als Regierungspartei. Das wird fast ausnahmslos überall dort der Fall sein, wo die Regierung gemeinsam mit bürgerlichen Parteien gebildet werden müßte, es sei denn, daß unser Einfluß der absolut entscheidende wäre. Diese letzte Voraussetzung muß auch für den Regelfall gefordert werden, in dem unsere Beteiligung an der einzelstaatlichen Regierung in Betracht kommt, bei der gemeinsamen Regierungsbildung mit den Rechtssozialisten. Die Partiät sichert nach den gemachten Erfahrungen nicht eine Führung der Geschäfte in sozialistischem Sinn und schafft einen Zustand ständiger Spannung und Lähmung. Deshalb muß der bestimmende Einfluß unserer Partei auf die Regierungsgeschäfte von vornherein gesichert sein, sonst übernimmt unsere Partei die Mitverantwortung für eine Führung der Geschäfte, die sie selber nicht vollbringen und vertreten kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192006 17-16/fragment/page=0001

Unsere Genossen können in der Regierung der Einzelstaaten zwar nicht hinaus über den durch die Reichsverfassung gezogenen Rahmen, aber sie können immer wieder den Anstoß geben zur Erweiterung dieses Rahmens und so auch vorwärtstreibend auf die Entwicklung im Reiche wirken. Bei jedem Landesgesetz müssen sie dafür sorgen, daß der Bevölkerung zum Bewußtsein gebracht wird, wie der Regelung der betreffenden Materie in sozialistischem Sinne durch die Reichsverfassung Schranken gesetzt sind. Dann kann auch nicht eintreten, daß die einzelstaatliche Regierung für Dinge verantwortlich gemacht wird, die der bürgerlich-kapitalistisch ausgestalteten Reichsverfassung zur Last zu legen sind. Je mehr die Reichsverfassung in solcher Weise von den Einzelstaaten aus als reaktionär nachgewiesen und denunziert wird, je energischer können unsere Genossen im Reichstage gegen die Grundlage der kapitalistischen Republik Sturm laufen, und je besser wird unsere allgemeine Agitation im Lande befruchtet.

Durch die Regierungskrise in Sachsen und die bevorstehende erstmalige Wahl zu einem Landesparlament für Thüringen ist die hier behandelte Frage, abgesehen von den eingangs erwähnten Landtagswahlen — Braunschweig, Oldenburg, Anhalt — gegenwärtig doppelt aktuell. Natürlich wird die Regierungsbildung im Reiche von großem Einfluß auch auf die Regierungsbildung in den Einzelstaaten sein. Hier wie dort kann für die Unabhängige Sozialdemokratie bei ihrer Stellungnahme zu dieser Frage einzig und allein das Klasseninteresse des Proletariats in allen seinen Schichten ausschlaggebend sein.

Die neue italienische Regierung.

Rom, 16. Juni. Das neue Kabinett hat sich wie folgt gebildet: Giolitti, Ministerpräsident und Inneres; Sforza, Auswärtiges; Rossi, Kolonien; Fera, Justiz; Tedesco, Finanzen; Meda, Schatz; Bonomi, Krieg; Sechi, Marine; Croce, Unterricht; Peano öffentliche Arbeiten; Micheli, Landwirtschaft; Alessio, Industrie; Passalino-Vassale, Post; Raineri, befreite Gebiete; Labriola, Arbeit. Die Minister haben dem König den Eid geleistet.

Regierungskrise auch in Norwegen.

Christiania, 16. Juni. Das Storthing verwarf mit 74 gegen 51 Stimmen das Wiederbudget der Regierung. Das Ministerium wird nach einer Erklärung des Staatsministers Knudsen heute vormittag seine Demission einreichen.

Kopenhagen, 16. Juni. Verlinaste Tidende meldet aus Christiania, daß die Rechte des Storthing sich bereit erklärte, die Bildung der neuen Regierung zu übernehmen. Als Mitglieder der neuen Regierung werden genannt: Halvorsen: Ministerpräsident und Justizminister, Michelet: Minister des Äußern, Lykke: Handelsminister, Jensen: Unterrichtsminister.

Proteststreik gegen Franzosenwillkür.

Ludwigshafen, 16. Juni. Die in Ludwigshafen begonnenen Verhaftungen und Haussuchungen werden nun in Mainz und Wiesbaden fortgesetzt.

In Mainz ist der sozialdemokratische Arbeitersekretär Gröner von den Franzosen verhaftet worden. In Wiesbaden nahmen sie bei mehreren sozialdemokratischen Persönlichkeiten Hausdurchsuchungen vor, deren Grund von den Franzosen geheimgehalten wird.

In Ludwigshafen sind alle Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten Ludwigshafens und die Lokomotivführer in einen Proteststreik eingetreten. Der Proteststreik der Angestellten der Straßenbahn, des Elektrizitäts- und des Wasserwerks steht bevor. In mehreren Versammlungen wurde eine Entschließung angenommen mit der Erklärung, daß falls die Franzosen die verhafteten Arbeiterführer nicht bis Freitag mittag 12 Uhr freigelassen hätten, im ganzen besetzten Gebiet der Generalstreik erklärt würde.

•

Neue Zeitungsverbote. Ludwigshafen, 16. Juni. Laut Pfälzischer Post hat die Rheinland-Kommission das Erscheinen des Fischer Anzeiger, der Kirchheimbolander Zeitung, des Pfälzischen Merkur in Zweibrücken, der Gegenwart in Edenkoben vom 16. Juni an auf 15 Tage verboten.

Eindrücke aus Sowjet-Rußland.

Die englische Zeitung Daily Herald veröffentlicht ein Interview eines seiner Mitarbeiter mit Ben Turner, der nach sechswöchigem Aufenthalt in Rußland am vergangenen Mittwoch in London eingetroffen ist. Turner erklärte, daß der einstweilige Vorbericht der Labour Party und den Gewerkschaften übergeben sei und wahrscheinlich Ende der Woche veröffentlicht werden würde. Er erklärte es für unzutreffend, daß er dem Korrespondenten der Morning Post in Reval gesagt hätte, in Rußland hätten die Arbeiter keine industrielle Freiheit. „Ich sagte nur, daß alle Arbeiter Mitglieder ihrer Gewerkschaften sind und daß Streiks nicht stattfinden können. Wie sie sagen, können sie nicht gegen sich selbst streiken. Das Bestreben geht dahin, die Produktion zu vergrößern, da der Bedarf nach 6 Jahren Krieg und Revolution sehr groß ist." Turner sagte weiter, daß die Lebensbedingungen in Rußland sehr hart wären, da die Bevölkerung zu wenig Nahrungsmittel hätte, aber bereit sei, für ihre Prinzipien zu leiden.

Ueber den Eindruck, den er von Lenin empfangen hat, sagt Turner folgendes: „Ich hatte ein Interview mit Lenin am zweiten Tage meines Aufenthalts, und das weitverbreitete Bild von ihm tut ihm unrecht, weil es ihn strenger macht, als er zu sein scheint. Er war sehr freundlich und sehr freimütig. **Er verbirgt seine Meinung nicht und drückt sie genau aus."**

Ueber die allgemeinen Bedingungen sagte Turner, daß Rußland wenig rollendes Material habe. Bis Rußland Handelsbeziehungen mit anderen Ländern aufnimmt, wird es weiter leiden. Man habe diese Handelsbeziehungen jedoch vorbereitet und wolle diese durch Tausch durchführen. Rußland sei bereit, Flachs, Korn, Platin und sogar Gold zu geben.

„In zehn Jahren wird Rußland ein großes und einflußreiches Land sein," fuhr Turner fort, „und wird die meisten seiner Bedürfnisse selbst befriedigen, vorausgesetzt, daß es Entwicklungsmöglichkeiten erhält. Betreffs des Sowjet-Regierungssystems habe ich in den allgemeinen Prinzipien einige Bedenken. Aber das Experiment hatte keine Gelegenheit zur geeigneten Entwicklung. Wie dem auch sei, Rußland ist berechtigt, sich sein eigenes Regierungssystem zu wählen.

„Der einzige Terror in Rußland," schloß er, „ist der Hunger. Und er ist in den großen Städten sehr fühlbar. **Es gibt keine Schrecken und keinen Terror, ausgenommen den Hunger."**

Das Zeitungsmonopol der Schwerindustrie.

Wie verlautet, stehen die Breslauer Neuesten Nachrichten, der frühere Breslauer General-Anzeiger — ein politisch farbloses Organ —, mit dem Stinnes-Konzern wegen Uebernahme in Verhandlungen. Auch ein anderes, bisher demokratisches Breslauer Blatt soll die Absicht haben, sich mit Stinnes zu vereinigen.

Der Stinnes-Konzern soll bereits Besitzer von 64 Tageszeitungen sein; um so notwendiger ist, daß die Arbeiter tatkräftig für den Ausbau ihrer Presse wirken!

Die preußische Verfassung.

Die preußische Verfassung ist inzwischen fast zu einem Märchen geworden. Anderthalb Jahre sind nach dem Sturz der alten Verfassung vergangen und noch ist die zum Zwecke der Beratung einer neuen Verfassung zusammenberufenen Preußische Landesversammlung immer nicht mit dem Entwurf einer neuen preußischen Verfassung fertiggeworden. Unser Parteigenosse Rosenfeld hat deshalb im Verfassungsausschuß gegen die Regierungsparteien in Preußen den wohlberechtigten Vorwurf erhoben, daß sie die Verfassung sabotierten. Wie schwer dieser Vorwurf vor allem die Sozialdemokratische Partei getroffen hat, geht daraus hervor, daß nunmehr der amtliche Presseapparat in Bewegung gesetzt wird, um die Geschichte der preußischen Verfassung noch einmal aufzurollen mit dem Ergebnisse, daß dadurch für jeden einwandfrei klar wird, wie die preußischen Regierungsparteien absichtlich das Zustandekommen einer neuen preußischen Verfassung verhindert haben. Nach der Darstellung der preußischen Regierung lag der Verfassungsentwurf bereits im Januar 1919 fertig zur Bearbeitung vor. Damals entschlossen sich aber die Regierungsparteien, den Entwurf solange zurückzustellen, bis in Weimar die Reichsverfassung fertig beraten sei. Zwar hatte in Bayern, in Baden, in Württemberg sich niemand um die Beratung der Reichsverfassung bekümmert, sondern jeder Staat seine Verfassung selbständig unabhängig von der Reichsverfassung fertiggestellt, aber in Preußen, wo man eine Verschleppung der Verfassungsberatung wünschte, war der Vorwand den Regierungsparteien willkommen. Der Genosse Rosenfeld stellt übrigens fest, daß noch im März 1919 der preußische Ministerpräsident Hirsch erklärt hat, daß die Verfassung in wenigen Wochen unter Dach und Fach gebracht sein würde. Da schon im März 1919 ersichtlich war, daß die Reichsverfassung nicht in wenigen Wochen fertiggestellt sein werde, also niemand glauben konnte, daß man auf die Erledigung der Reichsverfassung werde warten können, so ist damit bewiesen, daß diese Ausrede erst nachträglich von den preußischen Regierungsparteien zur Verschleierung ihrer Verfassungssabotage erfunden ist. So kam es, daß die Preußische Landesversammlung in die Sommerferien ging, ohne an den Verfassungsentwurf auch nur heranzutreten, aber auch nach ihrem Zusammentritt ging der Verfassungsentwurf nun nicht etwa an die Landesversammlung, sondern jetzt erst begann Herr Heine die Vorverhandlungen mit den Koalitionsparteien, die sich seltsamerweise so schwierig gestalteten, daß die Verfassung noch immer nicht an die Landesversammlung kommen konnte. Selbst der Kapp-Putsch muß zur Entschuldigung einer neuen Verzögerung herhalten. Die Fülle der Ausreden und die Aufrollung dieser geschichtlichen Tatsachen beweist aber nur, wie schuldig die Regierungsparteien sich in dieser Frage fühlen. Sie sind es gewesen, die das Zustandekommen der preußischen Verfassung bis heute verhindert haben und sie scheuen sich nicht, nunmehr den Versuch zu machen, die Verantwortung auf unsere Partei abzuschieben, die jetzt an dem Verfassungsentwurf ernste und sachliche Kritik zu üben hat.

•

Der Verfassungsausschuß der Preußischen Landesversammlung trat am Mittwoch ohne Generaldebatte unmittelbar in die Beratung der einzelnen Paragraphen der Verfassung ein. Beim § 1 setzte im Anschluß an Anträge der Deutschnationalen und des Berichterstatters Dr. Berndt (Dem.) eine längere Debatte darüber ein, ob Preußen ausdrücklich als Republik bezeichnet werden sollte, oder ob die Bezeichnung „Freistaat" unter Hinweis auf Artikel 17 der Reichsverfassung genüge. Die Bezeichnung Republik wurde schließlich mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten aufrechterhalten. Ein **Antrag der Unabhängigen, die Hohenzollern für alle Zeiten als abgesetzt zu erklären, und die Familiengüter zum Eigentum der Preußischen Republik zu machen, wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt,** da nicht nur die Mitglieder des Hauses Hohenzollern, sondern alle Leute, die etwa Herrschaftsansprüche auf Teile Preußens erheben, durch die Festlegung der republikanischen Verfassung als erledigt anzusehen seien, und weil die Bestimmung über die Familiengüter augenscheinlich dem Artikel 153 der Reichsverfassung widerspricht.

Von seiten der Rechtsparteien wurde ein § 1a beantragt, der den gegenwärtigen Gebietsstand Preußens unter besonderen Schutz stellen und die Landesfarben schwarz-weiß-rot verfassungsmäßig festlegen wollte. Die Anträge wurden abgelehnt, weil nach der Reichsverfassung der Schutz der Ländergrenzen gegen das Ausland lediglich Reichssache ist, und weil die aus Sozialdemokraten und Demokraten bestehende Mehrheit nicht durch verfassungsmäßige Festlegung einer besonderen Landesflagge gegen die Reichseinheit und Reichsflagge zu demonstrieren wünschte.

Die Beratung gedieh bis zum § 3 des Entwurfs, demzufolge das Volk seinen Willen über die Staatsangelegenheiten durch den ihm gewählten Landtag kundgibt. Es ergab sich Uebereinstimmung im Ausschuß darüber, daß dieser parlamentarische Absolutismus nicht zuzulassen werden solle, sondern daß alle verfassungsmäßigen Organe als Träger des Volkswillens gelten sollen und Volksbegehren und Volksentscheid auch in die preußische Verfassung einzufügen seien.

Ein Steuer-Ungeheuer.

Zu den „Errungenschaften" der Kriegszeit gehört auch die Umsatzsteuer. Wir haben bei früheren Besprechungen bereits gezeigt, daß besonders diese Perle der nach Erzberger von „sozialem Geiste" beseelten neudeutschen Steuergesetzgebung eine ungeheure Belastung des Wirtschaftslebens und der Massen des Volkes bringt. Je mehr man sich aber jetzt mit der Erhebung dieser Steuer beschäftigt, desto mehr Schattenseiten weist sie auf. Es zeigt sich, daß dieses Monstrum einer Steuer rein technisch fast undurchführbar ist. In seiner letzten Sitzung hat sich der Reichsrat mit dem äußerst umfangreichen Entwurf über die **Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz** beschäftigt. Dabei wurde festgestellt, daß **ein Exemplar** dieses Entwurfes auf nicht weniger als **100 Mk.** zu stehen kommt. Die Materie war so schwierig, daß erst jetzt, ein halbes Jahr nach der Veröffentlichung des Gesetzes, die Ausführungsbestimmungen fertiggestellt werden konnten. Der Ausschuß hat darüber in vier Sitzungen beraten und nochmals alle Bedenken erwogen, die gegen das Umsatzsteuergesetz im ganzen schon früher geäußert worden sind. Insbesondere wurde geltend gemacht, im Publikum werde man **beim besten Willen die Vorschriften nicht versuchen können, ihre Durchführung wäre unmöglich** und würde zu unerträglichen Härten führen. Die **überlasteten Steuerbehörden würden keine Kontrolle üben können,** so daß die Ausführungsbestimmungen größtenteils auf dem Papier stehen bleiben würden. Das **Reichsfinanzministerium** vertrat demgegenüber den Standpunkt, daß es **sich um ein Experiment handle, von dem niemand wisse, ob es glücken werde.** Man müsse abwarten, wie die Bestimmungen in der Praxis wirken würden und sich eine Nachprüfung in vielleicht schon vier bis fünf Monaten vorbehalten. Der Versuch aber müsse gemacht werden. Die Ausschüsse des Reichsrats haben sich bestrebt, Härten zu mildern und das Verfahren tunlichst zu vereinfachen. Ihre Bemühungen sind aber zumeist am **Widerstand des Reichsfinanzministeriums** gescheitert, so daß es nur möglich gewesen ist, z. B. für die **wissenschaftlichen und künstlerischen Produktionen** einige Erleichterungen einzuführen. Auch diese sollen bekanntlich der **Luxussteuer unterliegen,** die aber in diesem Falle nicht abgewälzt werden kann. Das Finanzministerium hat darauf vertröstet, daß im neuen Reichstag gerade dieser Punkt weiter verfolgt werden solle. Von den Beschlüssen der Ausschüsse ist u. a. zu erwähnen, daß für Betriebe von Gemeinden, von Ländern und des Reiches Steuerfreiheit gelten soll für alle Leistungen, die regelmäßig mit dem Betriebe verbunden sind, also z. B. für den Verkauf von Koks und Teer durch die Gasanstalten. Ein **Antrag Preußens, die Staats- und Gemeindetheater von der Umsatzsteuer zu befreien, scheiterte am** Widerspruch des Finanzministeriums. Es gelang nur, eine Bestimmung durchzudrücken, daß Steuerfreiheit für die von Staaten und Gemeinden unterhaltenen Theater eintreten soll, soweit es sich um solche Umsätze handelt, bei denen die Entgelte hinter denen zurückbleiben, die ein Privatunternehmer für gleichwertige Darbietungen erzielt. Besonders schwierig war die dem Reichsrat überlassene Abgrenzung des Umfangs der Gegenstände, die der **Luxussteuer unterliegen** sollen. Hier sind einige Milderungen erfolgt, z. B. wurden Taschenfeuerzeuge ausgenommen, weil sie schon der Zündwarensteuer unterliegen, ebenso Photographien, Kunstwerke wiedergeben. Privatkrankenhäuser wurden von der Herdergssteuer ausgenommen und die Steuerpflicht auf Sanatorien beschränkt. Die Vergünstigung, daß der eigene Verbrauch erst am Schlusse des Jahres geschätzt werden darf, wurde auf alle landwirtschaftlichen Unternehmer ausgedehnt.

„Ein Experiment, von dem niemand weiß, ob es glückt" — das ist das Urteil des Reichsfinanzministeriums über diesen Wechselbalg. Schärfer kann die Pfuischarbeit der bisherigen Koalitionsregierung und der Nationalversammlung unseligen Angedenkens auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung nicht gekennzeichnet werden. Wie der Bericht über die Reichsratssitzung zeigt, wissen die Väter des Wechselbalges kaum, was sie mit ihm anfangen sollen. Man könnte sich totlachen über eine derartige Stümperei, wenn die Sache nicht so furchtbar ernst wäre.

Die studentischen Massenmörder von Thal vor Gericht.

Vor dem Kriegsgerichte der ehemaligen 22. Division in Marburg begannen am Dienstag die Verhandlungen gegen die studentischen Massenmörder, die während der Märzkämpfe 15 **unschuldige Arbeiter aus Bad Thal i. Th. verschleppten und sie bei Nechterstedt heimtückisch ermordeten.** Angeklagt sind 14 Studenten, zum großen Teil ehemalige Offiziere. Die Anklage lautet auf rechtswidrigen Waffengebrauch in Verbindung mit Totschlag. Es ist selbstverständlich, daß man diesem „besseren" Mördergesindel ihren offenkundigen Massenmord in einen bloßen „Totschlag" um—mildert. Und ferner ist es auch nicht verwunderlich, daß man diese Mordbuben vor ein — Militärgericht stellt, obwohl sie Zeitfreiwillige sind, Zeitfreiwillige nicht zur Reichswehr gehören und infolgedessen Militärgerichte für sie nicht zuständig sind. Was sagt der Reichsjustizminister dazu, daß Studenten der Zivilgerichtsbarkeit entzogen werden?

Die Angeklagten gaben an, die Arbeiter seien „auf der Flucht" erschossen; (man kennt das! Red.) erst sei einer, dann zwei weitere und schließlich plötzlich wie auf Kommando seien alle ausgerissen. Die Leichen der Erschossenen blieben an Ort und Stelle liegen, und die Herren Studenten eilten weiter, um den Anschluß an das Bataillon nicht zu verpassen. Die ganze studentische Mördergesellschaft wird es schon verstehen, sich herauszureißen. Sie haben ja, da sie trotz ihrer Mordtaten nicht verhaftet wurden, Zeit und Gelegenheit genug gehabt, eine regelrechte Lügengemeinschaft zu bilden und werden nun vor dem Militärgericht den schlüssigen Beweis zu erbringen wissen, daß sie für ihre Heldentaten nicht strafbar, sondern vielmehr noch Anerkennung verdienen. Wenn aber das Gericht sie auch freisprechen sollte, die Oeffentlichkeit spricht sie schuldig, denn dagegen, daß die Ermordeten auf der Flucht erschossen wurden, spricht schon allein die Tatsache, daß sie alle Kopfschüsse hatten und die Geschosse zum Teil von vorn eingedrungen waren. Ueberdies herrschte, als die Tat geschah, dichter Nebel, und es wird außerhalb der Kameradengerichte kaum Menschen geben, die es als rein zufällig betrachten, daß die Getöteten alle direkt in den Kopf getroffen wurden.

Wir werden auf den Prozeß und seinen Ausgang noch zurückkommen.

Die Reichsschulkonferenz.

Am sechsten Tage der Verhandlungen der Reichsschulkonferenz in Berlin wurden die Beratungen der Ausschüsse fortgesetzt. Der Ausschuß für Auslandsschulen tagte unter dem Vorsitz des Realgymnasialdirektors Dr. Söhring vom Auswärtigen Amte. Berichterstatter war Direktor Dr. Goester (Antwerpen), jetzt in Kammin in Pommern. Die Mitglieder des Ausschusses, unter denen sich Vertreter aller Schulgattungen sowie zahlreicher, für das Auslanddeutschtum wirkenden Verbände befanden, nahmen in größter Einmütigkeit neun Leitsätze an, von deren Befolgung eine reiche Förderung des Auslandschulwesens erwartet werden darf.

Nachmittags traten die Vorsitzenden der Ausschüsse zusammen, um über den Stand der Beratungen zu berichten. Es wurde festgestellt, daß die meisten Ausschüsse ihre Arbeiten abgeschlossen hatten, so daß am morgigen Sitzungstage mit der Berichterstattung über die Ausschußarbeiten im Plenum begonnen werden kann.

Gegen die wucherische Papierpreiserhöhung.

Den Münchener Neuesten Nachrichten wird aus zuverlässiger Berliner Quelle mitgeteilt, daß ab 1. Juli abermals ein namhafter Zuschlag auf den Preis des Zeitungspapiers erfolgen werde. Das Blatt erwartet den schärfsten Widerstand der deutschen Zeitungswelt.

In der Münchener Post wird zur Selbsthilfe gegen die angekündigte neue Erhöhung des Zeitungspapierpreises aufgerufen. Der Verein bayerischer Zeitungsverleger, der Deutsche Buchdruckerverein und die Verbände der graphischen Angestellten werden aufgefordert, zu jedem geeigneten Selbsthilfemittel zu greifen, um wenigstens für Bayern eine neue Papierpreiserhöhung zu verhindern.

Deutsche Arbeiter für Rußland?

Stockholm, 16. Juni. Nach Meldungen aus Moskau haben sich 100 000 deutsche Arbeiter der verschiedensten Berufe bereiterklärt, nach Sowjetrußland überzusiedeln. Zu diesem Zwecke ist eine Abordnung des Volkskommissariats für Arbeiten nach Deutschland entsandt, um den Vertrag mit den Vertretern dieser Arbeiter abzuschließen und Mittel und Wege ihrer Beförderung nach Rußland ausfindig zu machen. Vorbedingung für ihre Annahme in bolschewistische Dienste ist ihre Zugehörigkeit zu einer Arbeiterorganisation und die Annahme der russischen Staatsangehörigkeit.

Wir geben diese der bürgerlichen Presse entstammende Meldung mit allem Vorbehalt wieder.

Die Frauen als Wählerinnen.

Wie in verschiedenen anderen Orten ist auch in dem Schwarzwaldstädtchen Hasbach nach Geschlechtern getrennt zur Reichstagswahl abgestimmt worden. Unter den für die sechs Parteien abgegebenen Stimmen sind die eingeklammerten Zahlen die von der weiblichen Wählerschaft stammenden Stimmen:

Zentrum	800	(522)
Rechtssozialisten	296	(76)
Unabhängige	162	(49)
Demokraten	130	(45)
Volkspartei	82	(37)
Deutschnationale	22	(14)

Von 910 wahlberechtigten Frauen stimmten 742 ab, von den 750 wahlberechtigten Männern 650. Im übrigen zeigen auch diese Zahlen deutlich, daß die Frauen reaktionär, d. h. in diesem Falle überwiegend nach den Anweisungen der Zentrumspfaffen gewählt haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192006 17-16/fragment/page=0002

Der Bundestag der technischen Angestellten und Beamten.

Am 2. Tage hielt Aufhäuser (Berlin) ein Referat über: Die freie Angestellten- und Arbeiterbewegung. Er führte aus: Die freie Angestelltenbewegung ist gewissermaßen der kleine Bruder der freien Arbeiterbewegung. Wir sind aber jetzt in den Zeitpunkt eingetreten, wo wir uns auf eigene Füße stellen müssen. Die Arbeiterbewegung hat viele Kämpfe und Stadien durchgemacht, die uns noch bevorstehen. Für die freie Angestelltenbewegung treffen, besonders in der Frage der Taktik, nicht immer die gleichen Bedingungen zu, wie bei der Arbeiterbewegung. Die Arbeiter verstehen uns darum leider oftmals nicht, jedoch kommen wir uns auch in dieser Beziehung näher.

Die Angestelltenorganisationen, ganz besonders aber die technischen Angestellten, haben bei den Unternehmern starke Widerstände zu überwinden. Die Unternehmer sehen eben, daß durch das Erwachen der Angestellten ihre Profitwirtschaft in größere Gefahr gebracht wird als durch die Erstarkung der Arbeiterbewegung. Wir bilden daher eine starke Macht und verlangen als solche anerkannt zu werden. Einen schweren Kampf haben wir auch mit der Presse zu führen, die versucht, die Angestelltenbewegung durch falsche Berichte zu diskreditieren. Leider wird gerade diese Presse noch von den Angestellten gelesen. Wir werden energische Gegenmaßnahmen ergreifen müssen.

Seit Bestehen der beiden jetzt im Bund vereinigten Technikerverbände haben sie klar erkannt, daß sie nichts gemein haben können mit den Harmonieverbänden, weil sie wissen, daß es eine Verbindung zwischen Kapital und Arbeit nicht geben kann. Seit dem Bestehen der Afa 1917 wußten wir, daß nach dem Kriege eine starke Koalition der freien Angestellten vorhanden sein würde. Wir haben deshalb schon während des Krieges viel klare Arbeit in der Afa geleistet, damit unsere Kolleagen jetzt den Kampf gegen die Kapitalisten leichter aufnehmen können. Unser Ziel ist jetzt, gemeinsam mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, mit dem Deutschen Beamtenbund, die Säule zu bilden, den die Macht des Kapitalismus zerschellen muß. Darum müssen alle Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen in allen grundlegenden Fragen des Klassenkampfes bei voller Wahrung der Selbständigkeit zusammengehen. Der Aufbau unserer Organisationen nach Industriegruppen hat sich bewährt und besonders die Erfassung der Betriebsräte leicht ermöglicht. Wir werden uns deshalb auch nicht von der Zentrale der Betriebsräte von der uns zustehenden Arbeit abbringen lassen.

Wir wollen aber auch international mit den Angestellten aller Länder Fühlung nehmen. Es liegt dies nicht allein im Interesse der Angestelltenbewegung, sondern ganz besonders auch im Interesse des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft. Dazu ist aber auch notwendig, daß sich die Angestellten grundsätzlich zum Klassenkampf bekennen, denn nur dann können wir in die sozialistische Planwirtschaft kommen. Unsere Angestelltenbewegung steht in engem Zusammenhang mit der gesamten Volkswirtschaft. Die Sozialisierung bedeutet Planwirtschaft zum Wohle der Allgemeinheit. Wir müssen darum aber auch als Angestellte den Mut haben, uns nach außen hin zum Sozialismus zu bekennen. Die Unternehmer legen jetzt ganze Industriezweige still weil sie nicht profitabel genug erscheinen. Dies geschieht zu einer Zeit, in der ein großer Warenhunger im Volke besteht. Wenn wir also zur Planwirtschaft kommen wollen, dann müssen wir uns auch programmatisch dahingehend festlegen, daß die schöpferische Arbeit unserer Ingenieure, Chemiker, Architekten und Techniker in Zukunft nicht nur Kapitalisten schaffen, sondern der Gesamtheit des Volkes Glück und Wohlfahrt bringen. Das sei das Bekenntnis unseres Bundes als freie Gewerkschaft. (Starker, langanhaltender Beifall.)

Im Anschluß an das Referat wurde folgende

Entschließung

des Bundesvorstandes gegen zwei Stimmen angenommen:

„Organisation und Programm der freigewerkschaftlichen Angestellten- und Arbeiterbewegung.

Der feste Wille zum erfolgreichen wirtschaftlichen Befreiungskampfe aller Kopf- und Handarbeiter läßt es dringend geboten erscheinen, die auf dem Boden des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit stehenden Angestellten und Beamten zu enger, ständiger Gemeinschaftsarbeit zu vereinigen.

Der Bundestag begrüßt deshalb das in den Kämpfen vom März 1920 erprobte Bündnis zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. Er beauftragt den Bundesvorstand, die zur Schaffung einer festgefügten Rahmenorganisation der freigewerkschaftlichen Angestellten- und Arbeiterbewegung erforderlichen Maßnahmen unter Aufrechterhaltung der organisatorischen Selbständigkeit der Afa zu treffen. Die Eingliederung der Beamtenbewegung in die große, einheitlich gerichtete Arbeitnehmerbewegung ist anzustreben.

Zur Steigerung der gewerkschaftlichen Aktionskraft innerhalb der einzelnen Industrie- und Gewerbezweige und zur zweckmäßigen organisatorischen Zusammenfassung der Betriebs- und Angestelltenräte ist der einheitliche Ausbau der Industrie-(Fach)gruppen in der freigewerkschaftlichen Angestellten- und Arbeiterbewegung notwendig und beschleunigt durchzuführen. Jede Sonderorganisation der Betriebsräte außerhalb der Gewerkschaftsbewegung ist abzulehnen. Zur Erreichung ihrer Zwecke einer durchgreifenden Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage aller vom Ertrag ihrer Arbeitskraft Lebenden, dürfen sich die freien Gewerkschaften nicht auf eine engherzige beruflich abgegrenzte Interessenvertretung ihrer Mitgliedschaften beschränken. Sie müssen vielmehr zum Brennpunkt des sozialen Befreiungskampfes der gesamten aufstrebenden Arbeitnehmerschaft werden, um die verfassungsmäßige Umbildung der heutigen rein privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung in eine von dem Grundsatz der Bedarfsdeckung getragene vergesellschaftete Wirtschaft herbeizuführen."

Ueber die Frage:

Internationale Gewerkschaftsbewegung und Maifeier

entspann sich eine sehr lebhafte Debatte. In namentlicher Abstimmung wurde zu diesem Punkt mit 83 gegen 28 Stimmen eine Entschließung angenommen, die besagt, daß die wirtschaftliche Befreiung der Angestellten ein Werk sei, an dem auch die Berufsgenossen wie die gesamten Arbeitnehmer aller Kulturstaaten beteiligt sind. Aus dieser Erwägung heraus spreche sich der Bundestag für die Schaffung weiterer internationaler Kartellbeziehungen aus. Weiter besagt diese Entschließung, daß die **Anerkennung des 1. Mai als Weltfeiertag der Arbeit** der Solidarität der Arbeiter und Angestellten besonderen Ausdruck verleiht. Es sei deshalb die Teilnahme der Bundesmitglieder an den Maidemonstrationen geboten.

Ueber die **nächsten Forderungen des Bundes an die Gesetzgebung** hielt dann das Vorstandsmitglied Hendeler (Berlin) einen ausführlichen Vortrag. In einer dazu vorliegenden Resolution wird der Ausbau der Koalitionsfreiheit zu einem unbedingten Koalitionsrecht, einheitliches Beamten- und Angestelltenrecht, die Schaffung von einheitlichen Arbeitsgerichten usw. gefordert. Auch diese Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Gegen den Regierungsentwurf zu einer neuen „Schlichtungsordnung" wendet sich mit aller Schärfe eine von A. M. Schmidt (Berlin) eingebrachte und vom Bundestag einstimmig angenommene Entschließung.

Weiter wurden die von Ausschuß für Sozialpolitik empfohlenen Anträge und Entschließungen angenommen. Eine dieser Entschließungen richtet sich **gegen die „Technische Nothilfe"**. Sie besagt, daß der Bundestag im Streikrecht aller Arbeitnehmer ein unantastbares **Grundrecht erkenne. In Wahrung der elementarsten gewerkschaftlichen Grundsätze muß daher die „Technische Nothilfe" grundsätzlich abgelehnt werden** und es den Angestellten, Arbeitern und Gewerkschaften überlassen bleiben, bei kommenden Kämpfen die Entscheidung über die Leistung von Vorstandsarbeiten selbst zu treffen. Der Bundestag stellt unter Protest fest, daß die von der Afa bereits im November 1919 beim Reichsarbeitsminister beantragten Verhandlungen über die Auflösung der „Technischen Nothilfe" bis zur Stunde verschleppt worden seien.

Zum Schluß der Tagung beschäftigte sich der Bundestag mit der Wahlordnung für die Wahl des Bundesvorstandes.

Verbandstag der Buchdrucker.

Erster Verhandlungstag. — Nachmittagssitzung.

Die Aussprache eröffnet Kotte (Berlin, Opposition). Die gegenwärtige Misere habe ihren Ausgang genommen von einer Politik, die wir nicht billigen können. Redner geht ein auf den Burgfrieden während des Krieges und auf das Verhalten der Gewerkschaften die die Massen an das Messer des Militarismus lieferten. Auch die Politik der Gewerkschaften nach dem Krieg sei für das Proletariat schädlich gewesen. Die Arbeitsgemeinschaft habe zur Preisgabe der Revolution geführt. In dem Bericht des Verbandsvorstandes werde immer nur die Tätigkeit der Führer hervorgehoben, von den Massen jedoch, die das Fundament der Organisation bildeten, sei wenig die Rede. In dem Betriebsrätegesetz erblicken wir ein Mittel zur Strangulierung der Arbeiterschaft. (Widerspruch.) Seit dem 9. November habe sich nichts geändert. Es sei zu begrüßen, daß die Regierung die gesetzliche Anerkennung des Tarifvertrages abgelehnt habe. Hätte es die Regierung nicht getan, so hätten wir es tun müssen. Der Nürnberger Gewerkschaftskongreß habe dem Zeitstrom nicht Rechnung getragen. Wir sind mit der Art der Vertretung auf dem Kongreß nicht einverstanden. Wir verlangen Wahl der Delegierten durch Urwahl und nicht einfach die Beschickung der Kongresse durch die Instanzen. Der internationale Buchdruckerkongreß war beseelt von allgemeinem Buchdrucker-Korpsgeist, die Versammelten waren allzumal Sünder. (Widerspruch.) Die Redaktion des Korrespondent habe Eingabungen zur Rückkehr zu den sozialistischen Grundsätzen während des Krieges abgelehnt. Wenn man positiv arbeiten wolle, so sei notwendig die Niederreißung aller nationalen Schranken. Der Graphische Bund sei nicht von ungefähr gekommen, sondern er habe seine ganz bestimmten Ursachen. Weil die graphischen Arbeiter nach dem industriellen Zusammenschluß verlangten, mußten die Schleusen geöffnet werden, um die Bewegung in das rechte Bett zu leiten. Die Zeitungsverbote haben die Organisation nicht in dem Maße in Bereitschaft gefunden, wie es notwendig gewesen wäre. Redner betont die Notwendigkeit des Rätesystems und bezweifelt die Tätigkeit der Opposition. Er legt eine Resolution zum Vorstandsbericht vor, in der die Tätigkeit der leitenden Organe des Verbandes während des Krieges und nach dem 8. November 1918 verurteilt wird.

Die Entschließung zum Vorstandsbericht.

„Die Generalversammlung verurteilt die während des Krieges und nach dem 8. November 1918 eingenommene Haltung der leitenden Organe unseres Verbandes. Der Burgfrieden war lediglich zu dem Zweck geschaffen, die Arbeiter leichter in den Chauvinismus hetzen zu können und die Durchführung der Kriegspolitik der herrschenden Militärpartei ungestört vor sich gehen zu lassen.

Der Burgfrieden wurde zum Grab der Stimme der Vernunft.

Der Burgfrieden zerriß die Fäden der Internationale.

Der Burgfrieden förderte die Raub- und Profitsucht der Nutznießer des Krieges zügellos.

Die Verelendung der Buchdrucker insbesondere während des Krieges ist die Frucht des Burgfriedens, indem die Organisationsleitungen vom Vorstand über den Korrespondenten hinweg bis zum kleinsten Ortsvereinsvorsitzenden hinab jede Bewegung auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsverhältnisse als nicht im „vaterländischen" Interesse liegend ängstlich vermieden haben, während das Unternehmertum ungestört die ausgemergelten Arbeiter ausbeuten konnte.

Die Generalversammlung erblickt in der Tätigkeit und Förderung der von dem Gewerkschaftsbund an Stelle des Klassenkampfes betriebenen wirtschaftsfriedlichen Regelung des Arbeiterrechts der Arbeitsgemeinschaft, die in ihrer Konsequenz die Fortsetzung der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker bedeutet, eine Täuschung der Arbeiter in bezug auf die Befreiung derselben vom kapitalistischen Wirtschaftssystem, d. h. von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Der Gang der politischen und wirtschaftlichen Ereignisse hat inzwischen gezeigt, daß die Arbeiter auf sich allein angewiesen sind, wenn sie ernsthaft an die Beseitigung all der unerträglichen Zustände, wie sie sich in der Profitreibjagd der kapitalistischen Produktionsweise verkörpern, ans Werk gehen.

Die Aufgabe der leitenden Organe des Verbandes besteht in enger Fühlungnahme mit den Mitgliedern, in der Förderung des Selbst- und Mitbestimmungsrechtes derselben in allen Fragen der Neugestaltung wirtschaftlicher und organisatorischer Natur und in der sozialistischen Erziehung zu Klassenkämpfern.

Der autokratische Charakter der leitenden Organe hat einer wirklichen Demokratie im Verbande Platz zu machen, dann erst wird die Organisation Wollen und Willen der Mitglieder nach innen wie nach außen veranschaulichen."

Pieczyk (Hamburg) erklärt, die Hamburger Kollegenschaft sei über das Abkommen Ullstein-Seitz entrüstet gewesen. Die Organisationen müßten sich am Reichswirtschaftsrat beteiligen. Bei den Streiks müßten klare Parolen herausgegeben werden. Aus dem Betriebsrätegesetz lasse sich viel herausholen.

Seitz (Berlin): Bei den Zeitungsverboten müßte in kommenden Fällen der Allgemeine Gewerkschaftsbund entscheiden.

Hilger (Leipzig, Opposition): Bei dem Kapp-Putsch habe die Arbeitsgemeinschaft gänzlich versagt. Die Unternehmer haben jetzt den Tarif gekündigt und auf den einzig möglichen Standpunkt, nämlich den des Kampfes gestellt. Redner geht ausführlich auf die Verhandlungen, die Leipziger Kollegen während des Verbotes der Leipziger Volkszeitung durch die Noske-Regierung mit dem Reichswehrministerium geführt haben, ein und kennzeichnet die zweideutige Handlung des Berliner Gauvorstandes Massini. In der Leitenschaft trete der Korrespondent und die Verbandsleitung für die Preßfreiheit ein und hintenherum arbeite man anders.

Seitz (Berlin): Vom Verbandsvorstand sind keinerlei Vorschläge an das Reichswehrministerium gemacht worden.

Massini (Berlin) weist die von Hilger vorgebrachten Anschuldigungen zurück.

Barbknecht (Berlin, Opposition): Man hat ein Stimmvorrecht gegen die Opposition gefunden, indem man sagt: zur Opposition gehörten nicht die erfahrenen Gewerkschafler. Im Gegenteil. Innerhalb der Opposition seien die energischsten und tüchtigsten Gewerkschafter vertreten. Die Arbeitsgemeinschaft habe vor allem während des Krieges versagt und die Kolleagen hätten ein Hungerdasein geführt. Man habe Versammlungen veranstaltet zur besseren Papierbelieferung der bürgerlichen Presse. Aber nichts sei getan worden gegen die Lebensmittelnot. Wo waren die Buchdrucker bei den Streiks während des Krieges. Redner protestiert gegen die Zeichnungen für die Kriegsanleihe und weist darauf hin, daß das Betriebsrätegesetz bereits jetzt seine Opfer fordere. Wir führen den Streik nicht um des Streikes willen, wir dürfen aber auch vor dem Kampfe nicht zurückschrecken.

Albrecht (Köln): Man müsse sich die Ursachen der Kriegspolitik vor Augen führen. Redner verteidigt in längeren Ausführungen mit den bekannten Argumenten die Politik der Gewerkschaften während und nach dem Kriege und wendet sich die Schikanen der besonders Gewerkschaften durch die Polizeiverwaltungsbehörde im besetzten Gebiet hin. Er geht unter teilweisen lebhaften Widerspruch und lebhafter Zustimmung auf die Tarifgemeinschaft ein und rechtfertigt die Politik des Verbandsvorstandes.

Böttcher (Leipzig, Opposition): Kollege Albrecht (Köln) habe in seinen Ausführungen bei einem Teil der anwesenden Delegierten die nationalistischen Instinkte geweckt und der Vertreter der ungarischen Kollegenschaft habe in unerhörter Weise sein Gastrecht mißbraucht. (Redner ist bei dem einsetzenden Tumult längere Zeit unverständlich.) Nach längerer Pause fährt er fort: Sowohl in dem Vorstandsbericht wie auch in der Debatte seien die Zusammenhänge der Kämpfe des Buchdruckerverbandes mit den gesellschaftlichen Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens nicht gewürdigt worden. Wenn wir mehr im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Zuständen und sozialen Erscheinungen unsere Organisationsfragen regeln, dann wird, der gute Wille vorausgesetzt, bei sachlicher Auseinandersetzung eine Verständigung auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes möglich sein. Es sei die historische Schuld der Gewerkschaftsbureaukratie, daß sie auch in der Revolution den Kampf mit vorrevolutionären Methoden führen wolle. Unter lebhaften Unterbrechungen zeigt der Redner die Verderblichkeit der Politik der Arbeitsgemeinschaft und Harmonieduselei auf. Der Kapp-Putsch habe gezeigt, daß der Verbandsvorstand nicht seine Auffassung den durch die Revolution bedingten Notwendigkeiten angepaßt habe. Das habe sich vor allen Dingen erwiesen bei der Frage der sogenannten Preßfreiheit und der Pressverbote während der Kapptage. Die Situation sei völlig zerfahren gewesen. Ein Teil der Kollegen sei der Meinung gewesen, es müßten alle Zeitungen stillgelegt werden, andere wieder waren der Auffassung, daß die Arbeiterpresse erscheinen müsse. Dieses verschiedenartige Verhalten sei in seinen letzten Ursachen zurückzuführen auf die bürgerliche Anschauung über die Preßfreiheit überhaupt, wie sie von der Verbandsleitung und vom Korrespondent genährt werde. Ich werde Sie vor eine Entscheidung stellen, damit die Arbeiterschaft weiß, wie die Generalversammlung des V. d. D. B. über die Unterdrückung der Arbeiterpresse denkt. Redner legt die folgende Entschließung über die Preßfreiheit vor:

„Die herrschende Klasse bedient sich zur Behauptung ihrer ökonomischen Gewalt aller ihr zu Gebote stehenden Mittel. Sie führt den Klassenkampf gegen das Proletariat nicht nur mit wirtschaftlicher Sabotage, mit Aussperrungen und den Mitteln des Weißen Terrors, sondern in hervorragender Weise auch durch die Fälschung der sogenannten öffentlichen Meinung in der Presse. Die Schwerindustrie kauft nicht nur Wälder zur Papierverarbeitung, nicht nur Papierfabriken und Zeitungen, sie kauft auch die Leser dieser Zeitungen.

Die Beherrschung der Produktionsmittel im Zeitungsgewerbe durch wenige Kapitalisten ist in Wahrheit die Aufhebung der Preßfreiheit. Erst die Enteignung des Großkapitals und die Ueberführung der privatkapitalistischen Zeitungsunternehmen in gesellschaftliches Eigentum bringt die tatsächliche Freiheit der Presse. Der ordnete bürgerliche Preßapparat untersteht den persönlichen Interessen des Unternehmertums. In den Kämpfen um die politische Macht ist diese Presse der gefährlichste Feind der Arbeiterklasse. Durch die lügnerischen Erzeugnisse der konterrevolutionären Presse werden weite Kreise unaufgeklärter Arbeiter und der kleinbürgerlichen, schwankenden Mittelschichten wider ihre eigenen Interessen falsch berichtet. Dadurch wird die gegenrevolutionäre Presse zu einer Gefahr für die Revolution. Diese Gefahr zwingt das Proletariat zu besonderen Kampfmitteln. Die Buchdrucker als die Vermittler gegenrevolutionärer Druckerzeugnisse haben der Revolution gegenüber wichtige Verpflichtungen.

Die 10. Generalversammlung des V. d. D. B. beschließt deshalb:

Die Mitglieder des V. d. D. B. verweigern bei Ausbruch offener revolutionärer Kämpfe die Herstellung konterrevolutionärer Druckerzeugnisse. Sie stellen nun die Zeitungen her, die von den jeweils gewählten Kampfleitungen der Arbeiterschaft als maßgebendes Publikationsblatt gewählt wird."

Unter Hinweis darauf, daß die verflossenen Wahlen die Präludien zum kommenden Bürgerkrieg seien, forderte Böttcher im Interesse der revolutionären Entwicklung eine klare Entscheidung und die Annahme seiner Resolution. (Beifall und Widerspruch.)

Seitz (Berlin) weist die Anschuldigungen Böttchers gegen den ungarischen Vertreter zurück und betont, daß von einem Mißbrauch des Gastrechts keine Rede sein könne.

Hierauf erfolgt Schluß des ersten Verhandlungstages.

Notizen.

Das holländische Sozialistengesetz. Die zweite holländische Kammer hat mit 56 gegen 15 Stimmen die Resolution Troelstras, die dahin ging, die Besprechungen über das Anti-Revolutionsgesetz aufzuschieben, damit die Regierung noch Gelegenheit habe, nähere Mitteilungen hierüber einzuziehen, abgelehnt.

Verhaftung polnischer Arbeiterführer. Kowno, 16. Juni. Am Sonntag wurden hier 17 Arbeiterführer wegen Betreibung einer kommunistischen Proklamation verhaftet, in der zum bewaffneten Widerstand gegen die Nationalversammlung, zum Sturz der Regierung und Uebernahme der Regierungsgewalt durch das Proletariat aufgefordert wird.

Attentat in Tokio. Amsterdam, 16. Juni. Ueber Newyork wird aus Tokio gemeldet: Auf den japanischen Ministerpräsidenten wurde ein erfolgloser Anschlag gemacht. Der Täter, ein Japaner, wurde verhaftet.

Parteinachrichten.

Warnung vor Schwindlern.

Unsere Parteibureaus werden noch immer überlaufen, von sogenannten Ruhr-Flüchtlingen, die zum Teil reich mit Ausweisen versehen sind. Bei näherer Prüfung hat sich wiederholt ergeben, daß es sich um Schwindler handelt, die sich dieser Ausweise auf irgendeine Weise verschafft oder auch direkt gefälscht haben. Vor solchen Leuten sei auf das nachdrücklichste gewarnt. Sie gehen nur darauf aus, die Parteikassen zu schröpfen und haben weder mit der Partei noch mit den Abwehrkämpfen gegen den Kapp-Putsch etwas zu tun. Es wird sich empfehlen, nur an solche Unterstützung zu zahlen, die persönliche Empfehlungen von bekannten Parteigenossen vorzuweisen haben. Besonders sei gewarnt vor einem angeblich entlassenen russischen Gefangenen Gobubowitsch, der auch Papiere auf den Namen Sonowsky aufweist; er hat Genossen in Kassel um 1400 Mk. und Kleider betrogen. Der Mann gibt sich als guter Kenner unserer Parteiverhältnisse. Er spricht ausgeprägt Jiddisch.

Gewerkschaftliches.

Bergarbeiterstreik in Oberbayern.

Nach Meldungen aus München sind die gesamten oberbayerischen Bergarbeiter am Mittwoch in den Streik getreten.

Aussperrung in Danzig.

Die Schiffswerft E. W. Klawitter in Danzig hat heute sämtliche Arbeiter ausgesperrt, weil sie der Ansicht ist, daß der Betrieb ohne die Zimmerleute, die seit acht Tagen ausständig sind, nicht aufrechterhalten werden kann. Daraufhin ist die Arbeiterschaft der gleichnamigen Maschinenfabrik, die von der Schließung des Werftbetriebes nicht berührt wird, in den Ausstand getreten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200617-16/fragment/page=0003

Wir empfehlen als Kaufgelegenheit preiswert:

Garnierte Damenhüte zu Mk. 38⁷⁵ 54⁷⁵ 74⁷⁵ Alex Michel.

Beachten Sie unsere Spezial Fenster. 1695

Sozialdemokr. Verein für Halle-Saalkreis. (USPD.)

Donnerstag, den 17. Juni, abds. 7½ Uhr, im Volkspark, Burgstr. 27 (großer Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Es spricht: 1675

Genosse **Dr. Stern (Essen).**

Volkspark. 1684

Morgen, Freitag:

Großer Ball.

Arbeiter-Radfahrer-Bund :: Solidarität :: Ortsgruppe Ammendorf.

Sonntag, den 20. Juni, im Dreierhaus und Gasthof Radewell:

20. Stiftungsfest,

bestehend aus Kunst- und Reigenfahren unter Mitwirkung des Kunstfahrers Eusebberger. — Ferner:

Großes Garten-Konzert,

Blumenverlosung, Freischießen, Kegeln und **Großer Ball.**

½3 Uhr: **Große Korsofahrt,**

Abfahrt Schillerplatz.

Zum Ausschießen kommen lebende Preise. Erster Preis: Ein Zigeunerbock.

*788 Der Vorstand.

NB. Die Ortsgruppenleiter des 12. Bezirks werden gebeten, zu einer Besprechung 1 Uhr im Gasthof zur Eiche, Radewell, zu erscheinen. Die Bezirksleitung.

Zentralverband der Zimmerer.

Sonnabend, den 19. Juni, abends 7 Uhr, im Volkspark (Kolonnade):

Versammlung

Tagesordnung:

Bekanntgabe der Verhandlung mit dem Schlichtungsausschuß, betreffend unsere Lohnforderung.

1680 Der Vorstand.

Konsumverein für Bockwitz u. Umg.

e. G. m. b. H.

Sonntag, den 27. Juni 1920, nachm. 3 Uhr, in der Aula der Schule zu Bockwitz:

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht
2. Wahl der ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder.
3. Bericht vom Unterverbandstage unter besonderer Berücksichtigung der neuen Steuergesetze.
4. Anträge nach § 32 des Statuts.
5. Genossenschaftliches.

Da diese Versammlung besonders aufklärend wirken soll, ersuchen wir um recht zahlreiches erscheinen, auch der Frauen.

Der Aufsichtsrat.
Wilhelm Herz, Vorsitzender. *789

Zigaretten,

erstklassige deutsche Fabrikate, wie: (Waldorf-Astoria Zuban, Kosmos, Lyra, Yenidze, Kazzata usw., ferner:

Zigarren und Rauchtabak

gibt nur an Wiederverkäufer ab zu neuen Original-Fabrikpreisen.

Lagerbesuch lohnend und erwünscht

Wilhelm Hüther, Halle (S.),

Berthardstr. 24 II, kein Laden.

Gegründet 1910. Großhandelserlaubnis. 1693

Preiswert und wirklich gut

kauft jeder

Kaffee stets frisch gerüstet ¼ Pfd. nur 7,50 u. 6,00 Mk.
Kakao garantiert rein ¼ Pfd. nur 6,50 u. 6,00 Mk.
Haferkakao Ia Qualität ¼ Pfd. nur 5,50 u. 4,50 Mk.
Schokolade I. deutsche 1 Tafel nur 7,00 u. 6,60 Mk.
Deutsche Wasch- u. Toiletten-Seife 1 Stück nur 4,50 Mk.

bei 1682

Otto Bornschein, G. m. b. H. Mittelstraße 21.

U.T

Leipziger Straße 88. Fernruf 1224. Fernruf 1224.

Ab morgen!

Die sterbende Salome!

Sensationelles Künstler-Drama in 4 Akten.

Hauptdarsteller:

Albert Steinrück. Carla Ferra.

Vorführung: 4.40 6.50 9.10 Uhr.

Paul Heidemann

in dem köstlichen Lustspiel in 8 Akten:

S. M. Der Reisende!

Vorführung: 4.00 6.10 8.20 Uhr.

Heute letzter Tag:
Maria Magdalene! — Der Film für Alle!

Beginn 4 Uhr.

Alte Promenade 11a. Fernruf 5738. Fernruf 5738.

Ab morgen!

Das große Licht!

Monumental-Spielfilm in 1 Vorspiel und 6 Akten mit

Emil Jannings — Kurt Vespermann.

Vorführung: 4.20 6.30 8.50 Uhr.

Was zu viel ist, ist zu viel.

Lustspiel in 1 Akt.

Die neuesten Wochenberichte!

Heute letzter Tag:
Die letzte Galavorstellung des Circus Wolfson!

Beginn 4 Uhr. 1646

Wochentags bis 5 Uhr kleine Preise bei vollem Programm!

II. Platz 1 Mk., I. Platz 2 Mk., Rang 3 Mk., Loge 4 Mk. einschl. Kartensteuer.

Apollo-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:

Die Erbtante

Posse i. 3 Akt. v. H. Treller.

Gastspiel von

Fritz Thurm-Silvare.

In den Hauptrollen:
Paul Beckers u. (681
Fritz Thurm-Silvare.

Stadttheater.

Freitag, den 18. Juni, Anfang 7½, Ende 11 Uhr:

Hans Heiling.

Sonnabend: 1685

Der Zigeunerbaron.

Thalia-Theater.

Gastspiel d. Stadttheater-Personals. 1686

Sonntag, den 20. Juni, abends 7½ Uhr:

Die spanische Flöge.

Weitere billige Tage!

Maschinengarn

per Rolle 4 Mk. 1582

Wünsch & Kaps,

Ludwig-Wucherer-Str. 1a.

Süßen 1650

Heidelberwein

vom Faß, à Ltr. 6,— Mk. mit Steuer, empfiehlt

A. O. André, Wörmlitzer Straße 2.

Telephon 1193.

Licht-Spiele

Gr. Ulrichstr. 51 Fernruf 4681

Ab Freitag, den 18. Juni, **Erst-Aufführung!**

Das Grauen!

Ein Abenteuer in 5 Akten. 1697

In den Hauptrollen:

Friedrich Zelnik und **Fritz Schulz,** der Liebling von Halle!!

„Frühlingsmanöver“, Lustspiel in 3 Akten.

Heute letzter Tag: Falscher Start!

Wochentags auf allen Plätzen bis 5 Uhr nachm.
kleine Preise bei vollem Programm.
2. Platz 1 Mk., 1. Platz 2 Mk., Rang u. Part.-Loge 3 Mk., Balk.-Loge 4 Mk.

Sonntags und wochentags Einlass 3½ Uhr, Beginn 4 Uhr.

Aufgepaßt!

Einen älteren durchaus selbständigen, gelernten

Mechaniker,

erfahren in Schwachstromanlagen, zur Instandhaltung einer größeren Telephonanlage; einen

Motorenschlosser,

einige tüchtige **Blechtreiber** sucht

Städt. Arbeitsamt, Fachabteilung für das Metallgewerbe. *791

Schneidermeister, :: Hausierer ::

gesucht zum Verkauf bester

Kottbuser Anzugsstoffe

zu niedrigen Preisen. *753

Muster unentgeltlich

Mürcheberg & Co., Kottbus.

Putzerkolonne oder Putzfirma,

welche größere wasserdichte Zementglättpatzarbeiten gegen einen zu vereinbarenden Preis ausführt,

gesucht von *790

Wayss & Freytag A.-G., Halle (Saale), Beyschlagstr. 27.

: Blumen für Verlosungen :

liefert für Vereine und Gewerkschaften 1690

A. Stolle, Gartenbaubetrieb,

Halle-Kröllwitz Talstraße 26a, Telephon 2069.

Kopfnisse in 3 Stärken, Flöhe, Wanzen, vertilgt **Eckolds** nat. Garantie. Unschädlich.

1692 **Verk.: Schurig, Steinweg 10.**

Strohhüte, Filzhüte und Mützen preiswert.

Mützen werden auch bei Zugabe des Stoffes sauber und preiswert angefertigt.

G. Schummacher, Kürschnermeister, Landsberg. *785

Hamster-, Kalb-, Zickel- u. Ziegenfelle

*778 kauft

Thieme, Leipzig, Kuchengartenstr. 5.

Strickgarne

Seidengarn	schwarz	⅛	20⁷⁵
Reine Wolle	schwarz, grau	⅛	22⁷⁵
Seidenwolle	schwarz, grau, braun	⅛	24⁵⁰
Reine Wolle	schwarz	⅛	27⁵⁰
Reine Wolle	schwarz	⅛	29⁰⁰
Baumwolle	schwarz, braun	Lage	13⁵⁰
Sommer-Vigogne	grau	⅛	22⁵⁰

Nähseiden

50 Meter	alle Farben	Rolle	4¹⁵
36 Meter	alle Farben	Rolle	2⁵⁵
10 Meter	Knopflochseide	Rolle	1⁹⁰

Zwirne

Leinenzwirn	grau	Docke	45 Pf
Sternzwirn	schwarz, weiß	Stern	60 Pf
Flachszwirn	versch. Farb., 50 g	Rolle	9⁵⁰

Maschinengarne

50 Meter, 4 fach	farbig	Rolle	1⁹⁵
200 Meter, 4 fach	schw., weiß,	Rolle	5⁰⁰
500 Meter, 3 fach	schw., weiß	Rolle	9⁰⁰
1000 Meter, 2 fach	schw., weiß,	Rolle	15⁰⁰
1000 Meter, 4 fach	schw., weiß.	Rolle	20⁰⁰
20 g Heftgarn	roh, weiss	Rolle	3⁵⁰
50 g Heftgarn	roh	Rolle	8⁵⁰

Stopftwist

weiß, braun, schwarz

Rolle 1⁴⁵

D. M. C. Häkelgarne

in bewährten guten Qualitäten

Nr.	30	40	60	70	80	100	150
Rolle	8,00	9,50	10,00	10,05	10,00	11,00	12,00

Stopfgarn

Baumwolle, alle Farben

Kärtchen 1⁹⁵

Brummer & Benjamin

Große Ulrichstraße 22/23. 1679

Zur Anfertigung

feiner Herrengarderobe

nach Maß empf. sich

Otto Bartelt, 1681

Dreyhauptstraße 7, I L.

1632

Normal-Hemden

klein mittel groß

35 Mk. 37 Mk. 39 Mk.

Dauerwäsche-Vertrieb,

Kl. Berlin 2,

1 Tr. rechts, Eg. Sternstr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200617-16/fragment/page=0004

Aus der Provinz.

An unsere Berichterstatter.

Während der letzten Wochen vor dem 6. Juni war es wegen des grundsätzlich zu führenden Wahlkampfes nicht möglich, alle Versammlungsberichte aus dem Verbreitungsgebiet auszudrucken. Das mag vielleicht diesen oder jenen Genossen, der sich Mühe gegeben hatte, über eine an seinem Ort abgehaltene Versammlung gewissenhaft zu berichten, enttäuscht oder gar gekränkt haben; vielleicht hat er sich über die „verständnislose" Schriftleitung entrüstet, die seine so sorgsam angefertigte Arbeit einfach in den Papierkorb zu stecken wagt! Doch sehr zu Unrecht hätte er uns beschuldigt.

Die Wahlschlacht ist geschlagen, siegreich sind wir daraus hervorgegangen, und niemand ist imstande, unsern Triumph zu schmälern oder zu verdunkeln. An Anfeindungen und Verleumdungen hat es vorher nicht gefehlt, und wäre das Banner der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht so rein gewesen, so hätten die Kläffer und Dreckschleuderer möglicherweise Erfolg gehabt. Doch nun gehen wir weiteren Kämpfen entgegen. Bedeutende Massen stehen hinter uns, unseren Genossen und Genossinnen erwächst daher die große Aufgabe, alle Anhänger zu klassenbewußten Mitkämpfern zu erziehen. Mit der Abgabe des Stimmzettels ist der Kampf nicht beendet, sondern nunmehr wird das Ringen erst recht die schärfsten Formen annehmen. Eine der stärksten Waffen, die das kapitalistische Bürgertum zur Niederhaltung der Proletariermassen anwendet, ist die sinnentstellende Presse. Ganz besonders auf dem Lande suchen die Herrschaften aus Kappadozien ihre Pressergenisse übelster Art abzusetzen; in den Gasthäusern der kleinen Orte liegen durchweg die reaktionären Organe der Kappanbeter aus. Blätter wie die Hallesche Zeitung Deutsche Tageszeitung, Deutsche Zeitung, Leipziger Neueste Nachrichten und ähnliche Geistesprodukte, durch die den noch nicht im Klassenbewußtsein gefestigten Proletariern nach des Tages schwerer Mühe beim Abendschoppen das nationalistische Gift gegenrevolutionärer Bestrebungen eingeträufelt werden soll. Eine nicht zu unterschätzende Macht bilden auch die Kreisblätter, die sich samt und sonders in den Dienst des Bürgertums gestellt haben. Darum gilt es, unter unseren Anhängern neue Leser für das Volksblatt zu gewinnen, um so eine unerschütterliche Mauer zu errichten, an der sich auch in Zukunft die gegnerischen Lügenbeutel und kapitalistischen Söldlinge die Schädel einrennen.

Eine ganz besondere Werbekraft erlangt unsere Presse dadurch, daß wir den auf dem Lande zu gewinnenden Lesern alle für sie wesentlichen Nachrichten aus der Provinz bringen, um derentwillen sie vielleicht bisher das Kreisblatt gehalten haben. In den letzten Monaten ist es das Bestreben der Schriftleitung gewesen, den Provinzteil des Volksblattes als des führenden Organs der USP. in der Provinz Sachsen auszugestalten, wenn auch nicht dem äußeren Umfange, so doch einer wertvollen Reichhaltigkeit nach, da uns außerordentlich viel daran liegt, die Genossen und Leser im ganzen Verbreitungsgebiet zufriedenzustellen. Heute richten wir an unsere Berichterstatter erneut die dringende Bitte, am Ausbau unserer Zeitung insofern mitzuhelfen, daß sie über alle wichtigen Vorkommnisse in ihrem Orte und seiner Umgebung so schnell wie möglich Berichte einsenden, bei deren Abfassung sie sich allerdings möglichster Kürze befleißigen müssen. Selbstverständlich sollen grundsätzlich Dinge von Allgemeininteresse gebracht werden, nicht etwa Berichte über Vorgänge oder innere Partei- und Personenstreitigkeiten, die, vor die Oeffentlichkeit gezerrt, uns nur Schaden bringen. Bei Versammlungsberichten ist die Wiedergabe von Referaten nur möglich und nötig, wo es sich um besondere, allgemein interessierende Fragen handelt. Dagegen sollten die geführten Diskussionen berücksichtigt werden. Bei Gemeinderatsberichten sollten nebensächliche und selbstverständliche Dinge wegbleiben, aber immer muß zu erkennen sein, welche Stellung unsere Vertreter zu den einzelnen Fragen eingenommen haben. Gerade die Berichterstattung über die äußerst wichtigen Kommunalangelegenheiten in den Städten und größeren Orten unseres Bezirks läßt in der letzten Zeit zu wünschen übrig. In jedem Ort muß ein gewandter Berichterstatter gewählt werden, der sein Amt aber auch wirklich ausübt. Es hapert auch noch immer mit der Schnelligkeit der Berichterstattung, die notwendig ist, wenn eine Zeitung „aktuell" sein soll. Alle Genossen, die das Volksblatt durch ihre Berichterstattung unterstützen, müssen es sich daher zur dringenden Pflicht machen, möglichst schnell die Berichte abzuschicken. Von der Schriftleitung geschieht alles, um sie rechtzeitig zu bringen. Und dann noch eine Bitte: es ist technisch nötig, daß die Manuskripte nur auf einer Seite beschrieben werden. Oft muß der Redakteur erst die Rückseite vieler Berichte abschreiben; jeder, der den Zeitungsbetrieb kennt, weiß, wie sehr diese Arbeit aufhält, die einfach vermieden werden kann. Beachtet der Berichterstatter diesen Wink, so macht ihm das keine Mehrarbeit, er erspart aber dem Redakteur unnütze Arbeit und Zeitvergeudung. Die Zeilen dürfen zweckmäßig nicht zu eng gesetzt werden, damit nötige Korrekturen angebracht werden können.

Wenn alle Ortsvereine im Maßstab ihres Organisationsumfanges und ihrer Veranstaltungen an der Zeitung mitarbeiten, erhält die Schriftleitung auch die Bausteine, aus denen sie den provinzielen Teil noch besser ausbauen kann. Was das Volksblatt unter: Aus der Provinz bringen kann, hängt in letzten Endes von den Genossen im Verbreitungsbezirk selbst ab; vom Redaktionstisch in Halle aus kann man keine Berichte über die Vorgänge in der Provinz fabrizieren! Deshalb ergeht an alle Berichterstatter die eindringliche Bitte, uns fleißig durch Beiträge zu unterstützen. Darum auf, an die Arbeit!

Schriftleitung des Volksblattes.

Sangerhausen. Parteiversammlung. Vor der stark besuchten Mitgliederversammlung im Bierhalle sprach am Dienstag Gen. Danke über die Lehren des verflossenen Wahlkampfes und der Reichstagswahlen selbst. Der Redner bezeichnete es als erfreulich, daß trotz aller Verleumdungen und Verleumdung unserer Partei durch die Deutschnationalen und Volksparteiler ein ansehnlicher Stimmenzuwachs zu verzeichnen sei. Viel Arbeit ist aber noch zu leisten; jetzt heißt es, die Organisation ausbauen, sie zu festigen und jeden Ort zu einem starken Bollwerk für die Partei zu machen. Es ist notwendig, daß jeder Arbeiter Leser des Volksblattes wird, die Kapitalistenpresse hat in der Arbeiterwohnung nichts zu suchen. Die Parteigenossen haben die Pflicht, für die Stärkung der Organisation und die Gewinnung neuer Volksblattleser Sorge zu tragen. Am 11. Juni findet im Preußischen Hof vormittags 9 Uhr eine Vorständekonferenz statt, die sich vor allem mit Organisationsfragen beschäftigen wird. Die Genossen allerorts werden schon jetzt darauf aufmerksam gemacht. Daran anschließend sprach Genosse Kasparek über die innen- und außenpolitische Lage. In anschaulicher Weise legte er die Unhaltbarkeit der kapitalistischen Regierungen dar und zeigte die Gründe auf, aus denen wir uns nicht an der Regierung beteiligen. Einmütig stand die Versammlung zu den Ausführungen der Redner. Einige Anregungen wurden in der Diskussion gegeben. So sei besonders hervorgehoben, daß auch dafür gesorgt werden muß, die Arbeiterschaft aus den bürgerlichen Klimbimvereinen herauszuholen. Die Arbeiter-Sport-, Radfahr-, Turn- und Gesangvereine bieten jedem Arbeiter Gelegenheit, seinen Wunsch nach sportlicher Betätigung zu befriedigen. Auch soll ganz besonders für die Jugend etwas getan werden. Für die Schuljugend sind Nachmittags- und Ferienausflüge während der Sommermonate geplant. Wir hoffen, daß alle Arbeitereltern ihre Kinder zu den Ausflügen schicken; für gute Führung wird die Parteiorganisation Sorge tragen. Dem Maurer Karl Lücke soll mitgeteilt werden, daß gegen ihn ein Antrag auf Ausschluß aus der Partei gestellt worden ist. Lücke hat durch sein arbeiterfeindliches Verhalten bewiesen, daß er in der USP. nichts mehr zu suchen hat. Für die Wansfelder Arbeiterschaft, die durch die Umweltkatastrophe in schwere Not geraten ist, wurden durch Tellersammlung 85,00 Mk. aufgebracht. Weitere Spenden werden im Parteisekretariat, Hüttenstraße 60, dankend entgegengenommen. Arbeiter, Parteigenossen, unterstützt eure Klassengenossen! Das Bürgertum versagt vollständig, hat doch die Sangerhäuser Zeitung von dem wohlhabenden Bürgertum ganze 133 Mk. aufgebracht; dabei ist zu bemerken, daß diese Leuchten gleich nach Ausbruch der Katastrophe mit dem Sammeln begonnen haben. Es ist aber auch nicht mehr von ihnen zu verlangen, das reaktionäre Bürgertum hat ja anderes zu tun, als Not zu lindern. Fortgesetzt schreien Spießbürger und Reaktionäre nach Sicherheitspolizei, die erhöhten Retter der Bourgeoisie will man mit allen möglichen Leckerbissen empfangen. Die Arbeiterschaft muß sich ganz entschieden dagegen wehren, daß unsere Stadt mit Truppen belegt wird, ist doch die Arbeiterschaft selbst bereit, sich allen Putschgelüsten mit ihrer ganzen Kraft entgegenzustemmen. Die Sangerhäuser Kappleute brauchen aber jedenfalls für ihren nächsten Feldzug militärische Hilfe, deshalb das fortgesetzte Schreien und Winseln bei der Regierung. Anteilscheine zur Gründung einer eigenen Presse in Höhe von 20 Mk. werden in den nächsten Tagen verausgabt. Parteigenossen, eine eigene Zeitung ist eine dringende Notwendigkeit für unseren Kreis, zu deren Gründung natürlich Geld gehört; deshalb zeigt, daß ihr gewillt seid, endlich die Kapporgane aus euren Wohnungen zu entfernen und eigene Zeitungen bei euch einzieben zu lassen.

— Die Maurer- und Bauarbeiter befinden sich im Streik, da die Unternehmer sich weigern, den traurigen Verhältnissen dieser Berufskategorie Rechnung zu tragen.

Roßla. Aus der Gemeinde. Der am vergangenen Montag abgehaltenen Gemeindevertreter-Sitzung wurde allseitiges Interesse entgegengebracht, einmal, weil sie im Beisein des kommissarischen Landrates, Genossen Kasparek stattfand, zum andern, weil das eigenmächtige Schalten und Walten des Gemeindevorstehers auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung erneut zur Sprache gebracht werden sollte. Alle die Vorkommnisse, die zur Absendung einer Beschwerdeschrift an das Landratsamt Veranlassung gegeben hatten, wurden in geheimer Sitzung durchgesprochen und in öffentlicher Sitzung durch den Landrat zur Kenntnis gebracht. Es ist festgestellt worden, daß der Gemeindevorsteher, Herr von Ahlefeld, ohne Zustimmung der Gemeindevertreter eine Kuh aufkaufen und schlachten ließ, damit die braven Roßlaer zu ihrem Kriegerfeste einen Festbraten bekamen. Das Fleisch kam aber nicht der ganzen Bevölkerung zugute, sondern nur den Eingeweihten; die Arbeiterschaft bekam zum größten Teile nichts oder nicht viel davon zu sehen. Durch diese den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufende Schlachtung ist die Gemeindekasse obendrein noch um etwa 600 Mk. geschädigt worden. Wegen dieses unkorrekten Verhaltens und der sonstigen Eigenmächtigkeiten, die der junkerliche Gemeindevorsteher sich hat zuschulden kommen lassen, wurde ihm vom Landrat in öffentlicher Sitzung die schärfste Mißbilligung ausgesprochen. Herr v. Ahlefeld versprach, für die Folge die gewählte Gemeindevertretung, wie es sich gehört, zu respektieren. Hoffentlich bleibt es nicht wieder bei den Versprechungen, denn die Gemeinde hat kein Interesse daran, daß fortgesetzt Urschen zu Beschwerden geschaffen werden. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde beschlossen, die bisher zu Schankzwecken benutzten Räume des Gasthauses zur Sonne als Bureauräume in Anspruch zu nehmen, da die jetzigen Räume nicht mehr genügen. Bei dieser Gelegenheit wurde auf Anregung unserer Genossen eine Kommission gewählt, die eine Lösung des Pachtverhältnisses mit der Brauerei herbeiführen und die Bewirtschaftung des Gemeindegasthofes in eigener Regie ins Auge fassen soll. Allgemeine Entrüstung entstand über die erneut vorgenommene Erhöhung der Strompreise durch das Elektrizitätswerk Bretleben, was zur Folge haben würde, daß die Nachzahlungen zum dritten Male für denselben Zeitraum erfolgen müßten. Welche Wirkungen das Vorgehen des kapitalistischen Unternehmens auslöst, geht daraus hervor, daß selbst bürgerliche Gemeindevertreter zum Ausdruck brachten, es wäre allerhöchste Zeit, mit der Sozialisierung der Elektrizitätsindustrie endlich den Anfang zu machen. Es wurde nach längerer Debatte beschlossen, die Forderungen abzulehnen, und den Vertrag, der mit der Elektrizitätsgesellschaft Bretleben abgeschlossen worden ist, von dem Rechtsbeistand der Gemeinde prüfen zu lassen, ob die Gemeinde schutzlos den Profitinteressen der Kapitalisten ausgeliefert ist. Die übrigen Punkte der reichhaltigen Tagesordnung waren von untergeordneter Bedeutung.

Eschenau. Selbstmord beging in diesen Tagen der 17jährige Sohn des Mühlenbesitzers Naum. Vertreter der Reichsgetreidestelle revidierten die hiesige Mühle. Da der Eigentümer nicht zu Hause war, verhandelte sein Sohn mit den Revisoren. Dabei traten Differenzen wegen der Herausgabe der Bücher entstanden sein, ob wurden die Bücher ausgehändigt. Obwohl alles in Ordnung gefunden wurde, scheint der Zwischenfall den jungen Mann doch stark aufgeregt zu haben. Er äußerte, falls die Revisoren wiederkämen, werde er sich erschießen, und er hat diese Absicht auch, als sich die Revisoren wieder einstellten, unbegreiflicherweise tatsächlich ausgeführt.

Groß-Rauna. Die Kohlenflözbrände im Geiseltal sind jetzt gelöscht. Besonders schwierig gestaltete sich die Löscharbeit auf der Michel-Grube, wo der Löschzug der Halleschen Feuerwehr eingesetzt werden mußte. Hier hatte der Brand an Ausdehnung zugenommen, so daß es angestrengter Arbeit bedurfte, um den Brandherd zu beschränken und das Feuer zu ersticken.

Krosigk. Ein Wassereinbruch ist auf der benachbarten Braunkohlengrube Konkordia (Pachterfeld) durch plötzlichen Durchbruch des Grundwassers erfolgt, wahrscheinlich als Folge eines Erdrutsches im Tagebau. Die Wasser haben drei Schächte erfüllt, deren Strecken durch den gewaltigen Druck zusammengeschlagen sind. Das Wasser steigt noch und hat im Tagebau eine Höhe von 4 Meter erreicht. Die Pumpvorrichtungen sind sehr erschwert, da die Wasser diese Schlammassen mit sich führten. Der Betrieb ruht vorläufig vollständig; die Grube beschäftigt eine Belegschaft von 2500 Mann.

Lodderstedt (Anhalt). Die teuren Kirschenpreise sind bekanntlich darauf zurückzuführen, daß die Pachtgelder unsinnig in die Höhe getrieben werden. Aus der großen Zahl von Beispielen, die hierfür bekannt geworden sind, sei ein Fall, der sich hier ereignet hat, der Oeffentlichkeit mitgeteilt. Bei der Verpachtung der Obstplantage der Domäne wurde der Zuschlag einem Handelsmann Göpe aus Loswig erteilt, der 55 200 Mk. Pacht bot. Der Domänenpächter zahlt für die Domäne, die 1524 Morgen umfaßt, 36 000 Mk. Pacht, so daß er allein am Obst schon einen Ueberschuß von 19 000 Mk erzielt! Das ist allerdings ein Geschäft.

Magdeburg. Noch immer Opfer des Rüstungswahnsinns. Durch eine Explosion in den Munitionsentleerungswerkstätten Rote Mühle in Burg bei Magdeburg wurden zwei Arbeiter getötet, einer schwer verletzt. Erst vor kurzem ereignete sich an derselben Stelle ein ähnlicher Unglücksfall. Damals waren drei Arbeiter schwer verletzt worden.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Rose; für Lokales und Sachliches: Hans Krebs; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte: Johann Jansen; für Briefkasten: Hermann Schulze. Verlag: Leipziger G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., Kimtsch in Halle.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 17. Juni 1920.

Heute abend Mitgliederversammlung.

Um zu der jetzt gegebenen politischen Situation Stellung zu nehmen, vor allem, um unseren Genossen in den Fabriken, Werkstätten und Bureaus Gelegenheit zu geben, sich über die Haltung der USP. zur Regierungsbildung zu unterrichten, hat die Parteileitung für heute, Donnerstag, abend 7½ Uhr im Volkspark eine

Mitgliederversammlung

angesetzt. An Stelle des Gen. Dühwell spricht der Gen.

Dr. Viktor Stern aus Essen

über das Thema: Was lehren uns die Wahlen? Kann die Unabhängige Sozialdemokratische Partei in die Regierung eintreten?

Es ist Pflicht aller Genossinnen und Genossen, dafür zu sorgen, daß die Versammlung eine Massenkundgebung wird. Dr. Stern ist einer derjenigen in unserer Partei, die am ehesten und besten über die aufgeworfenen Fragen Aufklärung und Antwort geben können. Auch diese Versammlung soll anspornen zum weiteren unentwegten Kampf für den Sozialismus.

Volk, sieh deine früheren Herren an, es waren lauter . . . .

Das Kapp-Organ, die Hallesche Zeitung, ist wütend, daß die „Regierungsfutterkrippe" nicht mehr das Privileg der Adligen und Geheimräte ist. In einer langen Liste veröffentlicht sie in ihrer gestrigen Nummer sämtliche Oberpräsidenten, Polizeibeamte und Landräte, die aus dem Arbeiterstande herkommen. Die Berufe der einzelnen sind mit Fettdruck hervorgehoben. So macht man sich lustig über den früheren Erwerb dieser Beamten. Natürlich wollen die Arbeiterfresser damit auch sagen, daß Männer, die aus dem Arbeiterstande stammen, nicht fähig sind, ihren Posten auszufüllen. Ei, der Tintenkuli, der das Pamphlet verfaßt hat, scheint von der Geschichte keine Ahnung zu haben, sonst müßte er folgendes wissen:

Benjamin Franklin, der Gesandte der Vereinigten Staaten von Amerika in Paris und Erfinder des Blitzableiters, war in seiner Jugend Schriftsetzer.

Lincoln, der 16. Präsident der Vereinigten Staaten Amerikas, war in seiner Jugend Holzhacker.

Johnson, der 17. Präsident der Vereinigten Staaten, war Schneidergeselle.

General Dersflinger war ein Schneidergeselle.

Der Führer der russischen Roten Armee, der Hervorragendes in der Verteidigung der Sowjet-Republik leistete, war ebenfalls ein Schneidergeselle. Usw.

Als Gegenstück führen wir einige Beispiele aus den Kreisen an, die sich als die geborenen Führer des Volkes, als die Herrscher „von Gottes Gnaden" betrachten:

Das bayerische Königshaus war zum Teil durch Inzucht degeneriert.

Der verschwenderische König Ludwig II. sprang ins Wasser.

Sein Bruder Otto saß fast sein ganzes Leben lang im Irrenhause.

Friedrich Wilhelm IV. von Preußen war ebenfalls geisteskrank.

Der Ex-Kronprinz Wilhelm hat während seiner glorreichen Etappentätigkeit in Frankreich durch seinen Verkehr mit den Frauen den Befähigungsnachweis zum Regieren geliefert.

Fürst v. Eulenburg, der zu den Hofschranzen Wilhelms des Letzten gehörte, war homosexuell.

Wilhelm der Letzte war größenwahnsinnig und hat das ganze deutsche Volk ins Elend gestürzt.

„Ein Volk hat immer die Regierung, die es verdient." Das beherzigte das deutsche Volk im November 1918 und jagte die ganze Sippschaft zum Teufel.

Zum Lohnabzug für die Einkommensteuer.

Vor einigen Tagen haben wir bereits ausführlich über das schändliche Steuergesetz berichtet, nachdem vom 25. Juni an allen Arbeitern und Angestellten 10 Prozent des Lohnes oder Gehaltes für die Reichseinkommensteuer abzugezogen werden. Es erschien nun unterdessen noch folgende amtliche Mitteilung in dieser Angelegenheit:

Der Arbeitgeber nimmt an, daß, wenn er den Arbeitslohn am Schlusse eines bestimmten Zeitraumes zahle, er eine doppelte Rechnung aufmachen müsse: Einmal, was sein Arbeitnehmer bis zum 24. Juni, und dann, was sein Arbeitnehmer vom 25. Juni an verdiente. Diese Auffassung ist irrig. Dem zehnprozentigen Abzug unterliegt jeder Arbeitslohn, der vom 25. Juni an zur Auszahlung gelangt, und zwar auch dann, wenn er auf die vor dem 25. Juni liegende Zeit entfällt. Werden also beispielsweise für die Lohnwoche vom 21. bis 26. Juni 250 Mk. Arbeitslohn ausgezahlt, so sind 10 Prozent von den ganzen 250 Mk. zu kürzen. Werden am 30. Juni 1000 Mk. Arbeitslohn für Juni ausgezahlt, so unterliegen die ganzen 1000 Mk. dem Abzug. Eine Auseinanderrechnung also zwischen dem vor und nach dem 25. Juni verdienten Arbeitslohn findet nicht statt.

Diese Notiz ist insofern richtig, als der Arbeitgeber keine doppelte Verrechnung vornehmen „muß". Er ist aber immerhin berechtigt dazu. Eine Auseinandersetzung zwischen dem vor und nach dem 25. Juni verdienten Arbeitslohn findet zwar nicht statt, es besteht aber keine Bestimmung darüber, daß dem Arbeitgeber verboten ist, bei 14täglicher Lohnzahlung z.B. vom 14. bis 24. Juni, den Verdienst ohne Abzug auszugahlen und den Verdienst für den Rest dieser Lohnzahlungsperiode entweder am Sonnabend, den 26. Juni, oder mit der nächsten Lohnung zur Auszahlung zu bringen. Dasselbe gilt für wöchentliche und monatliche Lohnzahlung.

Es ist demnach eine Selbstverständlichkeit für die Arbeiter und Angestellten, wenn sie selbst oder durch ihre Obleute und Betriebsräte den Unternehmer veranlassen, den bis zum 24. Juni verdienten Lohn an diesem Tage besonders auszuzahlen. Es handelt sich dabei nur um eine verhältnismäßig kleine Mühe, die jeder Betrieb im Interesse seiner Arbeiter und Angestellten auf sich nehmen muß.

Der Lohnabzug wird vom steuerbaren Einkommen vorgenommen, d. h. von dem tatsächlichen Verdienst ohne Rücksicht auf die durch Gesetz zulässigen Abzüge. Eine Verrechnung der Abzüge findet für das laufende Steuerjahr 1920 erst im nächsten Jahre statt. Es liegt daher auf der Hand, daß die gegenwärtig vorgeschriebene Art des unterschiedslosen zehnprozentigen Lohnabzuges unter keinen Umständen aufrechterhalten werden kann. Die Art des Steuerabzuges ist, wie wir schon früher betont haben, höchst ungerecht. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter und Angestellten, besonders solcher, die kinderreiche Familien haben, ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200617-16/fragment/page=0005

tragen es nicht, daß man von dem an und für sich schon knappen Lohn noch monatelang beträchtliche Abzüge vornimmt. Heute braucht jeder Arbeiter das, was er verdient, nur um die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse bestreiten zu können.

Es muß daher darauf hingewiesen werden, daß 1. der Verdienst bis zum 24. Juni an diesem Tage ohne Abzug ausgezahlt wird, 2. bei dem zehnprozentigen Abzug das steuerfreie Einkommen berücksichtigt wird, 3. eine Berechnung der Lohnabzüge durch die Steuerbehörde auch für das laufende Steuerjahr bereits früher und nicht erst im nächsten Jahr erfolgt.

* **Zur Linderung der Kohlennot in den Schulen.** Eine von sämtlichen Elternbeiratsvorsitzenden unterschriebene Petition an den Magistrat verlangt, daß die Heizungsvorrichtungen in den Schulen geändert werden, damit auch Braunkohle, welche in größerer Menge vorhanden ist, verwendet werden kann. Ferner sollen geeignete Lagerplätze zur Stapelung von Braunkohle im Sommer geschaffen werden, damit dem Mangel im Winter vorgebeugt und Gewähr gegeben wird, daß der Schulunterricht im Winter ununterbrochen durchgeführt werden kann.

* „Der Vater des Revisionismus," Eduard Bernstein, hielt am Dienstagabend im großen Hörsaal der Universität einen Vortrag über die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bis 1914. Es ist selbstverständlich unmöglich, innerhalb des Rahmens eines Abends das Thema zu bewältigen; Bernstein griff daher nur die bekanntesten Vorgänge aus der deutschen sozialistischen Bewegung seit dem Auftreten Ferdinand Lassalles heraus und vermochte keinem, der nur etwas mit der Parteigeschichte vertraut ist, wirklich Neues zu bieten. Auch seine Vortragsweise hat nichts Anziehendes, man merkt ihm seine 70 Jahre an, und nicht nur äußerlich; es fehlt ihm auch das Feuer der Begeisterungsfähigkeit, nur bei der Schilderung des Zustandekommens des Ausnahmegesetzes steigerte sich sein Vortrag und gewann an lebendiger Wärme. — Im großen und ganzen kann die zweite Vortragsreihe der Deutschen Gesellschaft für Politik, die sich mit der Geschichte der verschiedenen deutschen Parteien beschäftigte, als besser gelungen bezeichnet werden, denn die erste Reihe, die die großen Revolutionen durch die Lupe professoraler Weisheit betrachtete. Die Geschichte der Parteien wurde mit Ausnahme des letzten Vortrages zwar auch von Hochschulprofessoren behandelt, aber von Leuten, die an den Dingen, die sie dozierten, innerlich beteiligt waren, wogegen wir mit gemischten Gefühlen an die Qual der wesensfremden Vorträge über die Revolutionen zurückdenken; man rufe sich nur Waentigs Vortrag über die japanische Revolution ins Gedächtnis!

Stadtverordneten-Fraktion. USP. Morgen 7 Uhr: Stadthaus.
Das Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

* **Tätigkeitsbericht des Hallischen Arbeiterrates.** Nachdem wir in der Sonnabend-Nummer den von der Hall. Zeitung so sehnsüchtig erwarteten Tätigkeitsbericht des Hallischen Arbeiterrates veröffentlicht haben (der übrigens nur wegen des Stoßsandranges anläßlich der Wahlen immer wieder zurückgestellt worden war), hat ein Tintenkuli des Kapp-Organs sich bemüßigt gefühlt, den Bericht unter seine Lupe zu nehmen. Dabei ist es seinem Scha—rfblick nicht entgangen, daß sich durch Auslassung des Wörtchens „nicht" ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen hatte, der übrigens von jedem aufmerksamen Leser sofort als solcher erkannt worden ist. Im neunten Absatz über die Christbaumstelle muß es selbstverständlich heißen: „Bei der im verflossenen Winter herrschenden Kohlennot ist ein Beauftragter des Arbeiterrates fortgesetzt bemüht gewesen, darüber zu wachen, daß größere Kohlenschiebungen nicht vorgenommen werden konnten." Ehrlich gestanden, verehrte Giftmudel, wenn Sie an der Tätigkeit des Arbeiterrates weiter nichts zu bemängeln gefunden haben, dann dürfte die Zeit nicht mehr fern sein, wo auch die Konservativen sich mit dem Rätegedanken abgefunden haben. Die Parteigänger der Hallschen Zeitung waren ja ohnehin die ersten, die für die Räteidee geworben haben, wie man vor kurzem lesen konnte. Aber ein wirklicher Fehler, der sich eingeschlichen hatte, ist dem Kritikus entgangen. Als eingeführte Stettiner Kohlen wird nämlich nur ein Quantum von 1000 Zentnern in Betracht, nicht, wie im Bericht steht, von 10.000 Zentnern. Aus den nachgolgenden Ziffern hätte sich das ohne weiteres errechnen lassen. Dies wurde indes nicht entdeckt, — oder langt dazu nicht Tintenkulis Gehirnschmalz?

* **Selbstmordversuch.** Heute früh sprang ein Dienstmädchen in selbstmörderischer Absicht unterhalb der Genzmerbrücke in die Saale. Sie wurde von zwei vorübergehenden Arbeitern mittels Rettungsstange aus Ufer gezogen und der Polizeiwache zugeführt.

* **Stadttheater.** Heute, Donnerstag, abend 7½ Uhr wird Molières Lustspiel Tartüff wiederholt. Freitag gelangt die Oper Hans Heiling zur Aufführung. Sonnabend: Der Zigeunerbaron. Sonntag nachmittag, Volksvorstellung: Vor Sonnenaufgang. — Da Herr Bolz auf Grund seiner Einladung zu den Festspielen in Freiburg nicht abkömmlich ist und ein Ersatz nicht zu beschaffen war, geht am Sonntagabend Lohengrin zum letztenmal in dieser Spielzeit in Szene. Die Partie des Lohengrin singt Herr Zilsen vom Friedrich-Theater in Dessau. Am Montag wird das Lustspiel Im weißen Rößl gegeben.

Im Thaliatheater gelangt am Sonntag, den 20. Juni, abends 7½ Uhr, der Schwank Die spanische Fliege von Arnold und Bach durch das Personal des Stadttheaters zur Aufführung.

Hühneraugen? Da hilft nur Kukirol das schnell und sicher wirkende Mittel. Auch geg. Hornhaut, Ballen u. Warzen mit bestem Erfolg anzuwenden. Preis 2.50 Mark.
Jede bessere Drogerie führt **Kukirol.** 661

Radfahrer! Radfahrer!
1694

Fahrrad-Mäntel Stück **100, 110, 120** Mk.
Fahrrad-Schläuche Stück **35** Mk
Erstklassige Fabrikmarken
in allen Grössen und Mengen am Lager.
H. Bieder, Gr. Steinstrasse 35, gegenüber den Kliniken (Nähe Walhalla).

MAGGI's Fleischbrüh-Würfel, Qualitätsware, kein Ersatz,
sind wieder überall erhältlich.
*784

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Die Verbrauchsmenge an Fleisch wird in dieser Woche auf 150 Gramm je Kopf (Kinder unter 3 Jahren die Hälfte) festgesetzt. Es gelangt Rindfleisch zur Ausgabe. Der Verkauf erfolgt am Sonnabend, den 19. Juni d. J., durch die Fleischer, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abtrennung der restlichen Fleischmarken für die Woche vom 14.–20. 6. 20. Der Verkaufspreis beträgt für 150 Gramm 3,60 Mk.

Städtischer Verkauf von Brasfett
in der Talamtschule am Freitag, den 18. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1–1000, vormittags von 8–12, und die Inhaber der Nummern 1001 bis 2000 nachmittags von 2–6 Uhr. Es kann an jede Person eines Haushaltes ½ Pfund zum Preise von 9 Mk. für das halbe Pfund abgegeben werden.

Verkauf von Corned-Beef.
Am Sonnabend, den 19. d. M., werden bei den Fleischern für jede Person eines Haushaltes 100 Gramm Corned-Beef verabfolgt. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Fleischmarken 2A und 2B — bei den Kinderkarten 2A — für die Woche vom 14. bis 20. Juni. Der Verkaufspreis beträgt für 100 Gramm 1,90 Mk.

Städtischer Verkauf von Keks.
Schluß der Verteilung.
In der Talamtschule am Freitag, den 18. Juni 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1–1000, vormittags von 8–12, und die Inhaber der Nummern 1001–2000, nachmittags von 2–6 Uhr. Es kann an jede Person eines Haushaltes ein Paket Keks zum Preise von 1,45 Mk. abgegeben werden.

Städtischer Verkauf von Reis
in der Talamtschule.
Nachlieferung nur noch am Freitag, den 18. Juni, vormittags von 8–12, und nachmittags von 2–6 Uhr, und Sonnabend, den 19. Juni, vormittags von 8–11 Uhr.
Es werden nur diejenigen Haushalte beliefert, welche bei der vorhergehenden Verteilung den Reis noch nicht abgeholt haben. Für jede Person eines Haushaltes wird ½ Pfund zum Preise von 3,50 Mk. abgegeben.

Städtischer Verkauf von Trockenei
(4. Sonderverteilung)
in der Talamtschule am Freitag, den 18. Juni 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1–1000, vormittags von 8–12 Uhr und die Inhaber der Nummern 1001–2000, nachmittags von 2–6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 50 Gramm zum Preise von 4 Mk. abgegeben. 50 Gramm Trockenei entsprechen der Güte von 5 Eiern.

Letzter Verkauf von Weizenmehl an Haushalte mit gelbumränderten Lebensmittelscheinen
in der Talamtschule.
Diejenigen Inhaber von gelbumränderten Lebensmittelscheinen, welche das in der Zeit vom 7–17. Juni in der Talamtschule zum Verkauf gekommene Weizenmehl noch nicht eingekauft haben, können den Einkauf am Freitag, den 18. Juni, vormittags von 8 bis 12 Uhr und nachmittags 2–6 Uhr, und am Sonnabend, den 19. Juni vormittags von 8–11 Uhr, bewirken. Für jede zum Haushalt gehörige Person wird gegen Vorlage des noch nicht belieferten Lebensmittelscheines ½ Pfund Weizenmehl zum Preise von 70 Pf. abgegeben.

Versorgung mit Kartoffeln.
In der Woche vom 21. bis 27. Juni können auf die Marke 45 der grauen Kartoffelkarte 8 Pfund Auslandskartoffeln gekauft werden. Der Einkauf darf nur in den Geschäften bewirkt werden, in denen die Anmeldung zur Kartoffelkundenliste erfolgt ist. Der Preis für das Pfund Auslandskartoffeln beträgt 45 Pf. Der Verkauf erfolgt von Sonnabend bis einschließlich Mittwoch. Eine Nachlieferung von Kartoffeln am Donnerstag, Freitag und Sonnabend findet nicht statt.

Vermächtniszinsen.
Aus der Hedwig-Basse-Stiftung stehen dem Magistrat zirka 400 Mk. Zinsen zur Unterstützung unverheirateter, bedürftiger hiesiger Juristentöchter zur Verfügung. Beurlaubte Bewerbungen sind zu richten an das Bureau für Stiftungssachen hier, Kleine Steinstraße 8, 1, Zimmer 22.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat gewählt: **a) als Armenpfleger:** im 2. Armenbezirk den Kaufmann Herrn Karl Brodte, Kleine Brauhausstraße 1, und den Kaufmann Herrn Paul Bensing, Kleine Brauhausstraße 13, im 6. Armenbezirk den Gärtner Herrn Otto Petrich, Böllergasse 4, im 20. Armenbezirk den Dachdeckermeister Herrn Wilhelm Ilgenstein, jun., Fleischerstraße 14. **b) als Armenpflegerin:** im 2. Armenbezirk Fräulein Meßing, Große Märkerstraße 11.
Halle, den 10. Juni 1920.
Die Armen-Direktion.

Wolfen.

Schwerbeschädigte (50 und mehr Prozent erwerbsunfähig) und **Kriegsbeschädigte**, die in Wolfen wohnen und eine große Familie zu versorgen haben und mit den ihnen zustehenden Versorgungsgebührnissen nicht auskommen, werden ersucht, sich umgehend im hiesigen Gemeindeamt zu melden.
Wolfen, den 14. Juni 1920.
Der Gemeindevorsteher.
*789 In Vertretung: Kempe.

Delitzsch.

Sprechstunden für das Mieteinigungs- und Wohnungsamt vormittags 9–12 Uhr.
Delitzsch, den 13. Juni 1920.
*787 **Der Magistrat.**

Bitterfeld.

Fleischversorgung.
In der Woche vom 13. bis 19. Juni 1920 kommen auf den Fleischmarkenabschnitt Nr. 2: a) für die Fleischverkaufsstellen der Bezirksschlächterei Zörbig 125 Gramm Auslandsspeck; b) für die Fleischverkaufsstellen der Bezirksschlächterei Bitterfeld für Erwachsene 150 Gramm Frischfleisch, für Kinder unter 6 Jahren 75 Gramm Frischfleisch oder 120 Gramm Büchsenfleisch, im übrigen Teil des Kreises 120 Gramm Büchsenfleisch zur Ausgabe. Der Kleinverkaufspreis beträgt: a) für Auslandsspeck 11,75 Mk. je Pfund; b) für Büchsenfleisch 8,85 Mk. je Pfund.
Bitterfeld, den 16. Juni 1920.
Der Kreisausschuß des Kreises Bitterfeld.
J. V.: gez. Stammer, Kreisdeputierter.

Milchuntersuchungen bei den Verkaufsstellen.
Durch unsere Kreisreyisoren wurden in letzter Zeit in Bitterfeld und den Industriegemeinden Kontrollproben von der durch die Milchverkäufer an die Einwohner abgegebenen Vollmilch entnommen und auf Fettgehalt untersucht. Gleichzeitig wurden Proben derselben Milch in den betreffenden Lieferungsmolkereien entnommen und deren Fettgehalt festgestellt. Während nun die Milchproben aus den Molkereien durchweg einen Fettgehalt von 2,80 bis 3,00 Prozent aufwiesen, zeigten die bei den Milchverkäufern entnommenen Proben in verschiedenen Fällen nur einen Fettgehalt von 2,00 ja sogar unter 2,00 Prozent. Dieser Umstand ist umsomehr hervorzuheben, als unter der Bevölkerung vielfach die Ansicht verbreitet ist und wahrscheinlich von gewisser Seite absichtlich verbreitet wird, daß durch die Molkereien derartig schlechte Milch zum Verkauf gebracht wird. Es kann aber in den oben angezogenen Fällen keinem Zweifel unterliegen, daß die Milch erst auf dem Wege von der Molkerei zur Verkaufsstelle oder hinterher durch Zusatz von Wasser oder Magermilch in diesen minderwertigen Zustand gebracht worden ist. Es soll für dieses Mal noch von der gerichtlichen Verfolgung der Sache Abstand genommen werden. Jedoch warnen wir die beteiligten Stellen nochmals und weisen ausdrücklich darauf hin, daß wir in Betracht der Wichtigkeit des Gegenstandes und im Interesse der Bevölkerung diese Angelegenheit ganz besonders im Auge behalten und dafür sorgen werden, daß unsere Kreisreyisoren in Gemeinschaft mit der Gendarmerie die Beschaffenheit der Frischmilch dauernd unter Kontrolle hält. In Zukunft werden dann Fälle, wie die obigen, ohne weiteres der Staatsanwaltschaft übergeben.
Bitterfeld, den 12. Juni 1920.
Der Landrat.
J. V.: Stammer,
Kreisdeputierter.

Ansichtskarten
empfiehlt Volksbuchhandlung, Harz 42|44.

Mitteldeutsche Zigaretten- u. Tabakfabriken :: Halle (S.)
Abteilung: Kleinverkauf, Geiststr. 26.
Der **Sonderverkauf für Kriegsbeschädigte** und **Lazarettinsassen** findet bis auf weiteres zu bekannten Vorzugspreisen statt!
Ausweis erforderlich!
Ferner stellen wir diese Woche grössere Quantitäten **erstklassiger** Zigarren aus **garantiert besten** und **reinen** Ueberseetabaken zum Verkauf: 1688

Metzfahne	55 Pf.	Gräfin	80 Pf.
Motivo	70 Pf.	Silleteros unsortiert	90 Pf.
Primeros unsortiert	75 Pf.	Keule	95 Pf.

Achtung! Achtung!
Sonnabend, den 19. Juni, abends 8½ Uhr, in Bitterfeld im „Gesellschaftshaus":
Versammlung
aller Baggerführer, Lokomotivführer, Obermaschinisten und Oberheizer des :: Industriebezirks Bitterfeld. ::
Tagesordnung:
1. **Bericht über die eingereichte Lohnforderung der Bagger- und Lokomotivführer.**
2. **Stellungnahme zur Gründung einer Sektion innerhalb der freien Gewerkschaften.**
3. **Freie Aussprache.**

Es ist unbedingt Pflicht jedes einzelnen der obengenannten Berufe, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Es ladet ergebenst ein *786
Die Kommission der Bagger- und Lokomotivführer.

Reeller Einkauf aller Felle und Häute
durch die 1386
Fellannahmestelle Halle (Saale),
Henriettenstr. 31.

Achtung!!
Deutsche Toilette-Seife, Stck. 5 Mk.
„ **Kernseife,** Doppelriegel „ 10 „
in jeder Menge zu erhalten.
Waschpulver von 1,70 bis 4 Mk. das Pfund
Bleichsoda v. 0,80 bis 1,50 Mk. das Pakct,
sowie alle anderen **Putz-** und **Waschmittel** erhalten Sie bei *732
Ernst Meyer, Drogerie, Radewell.

Geschirrführer-Verein Halle-Trotha.
Sonnabend, d. 19. Juni: Ausflug nach Gutenberg bei Gastwirt Hummel. Anschließend: 1678 Sommernachtsball.
Abmarsch mit Musik punkt 7 Uhr vom Trotbaer Feldschlößchen. — Es ladet frdl. ein Der Vorstand.

Was schenke ich meiner Frau? Eine 1476
Wand-Kaffeemühle
mit gutem Werk

kaufen Sie gut u. billig bei
Lobel, Steinweg 45. Grünichstr. 9. Reilstr. 1 Immendorf-Bahnhofstr.

Verlobungs-Ringe 1677

in Silber, Dublee, **Gold** 333, 585, 750, 900, alle Größ. u. Breit. vorrät.
H. Schindler, Uhrmachermeister, **Kleine Ulrichstr. 35.**

Guterh. Chaiselongue 350 Mk.
Kommode, Wasch., Stühle, groß. 2tür. Kleiderschrank, Tische, gut. Fahrrad, rotes modern. Plüschsofa, Federbetten zu verkaufen. 1688
Advokatenweg 18, L.

Vertiko zu 1681 verkaufen. Merseburger Str. 107, II r.

Neue Militärschnürschuhe, Gr. 44, s. vk. Jahnstr. 4, 1 l.

Bellamy
Ein Rückblick aus dem Jahre 2000.
5,00 Mk., Porto 40 Pf.
Volksbuchhandlung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192006 17-16/fragment/page=0006